

Volkstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die Volkstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt. Paul Weber, Magdeburg. Verantwortlich für Presse: August Fabian, Magdeburg. Verlag von Bernhard Hardouw, Magdeburg. Druck von Franz Lethge, Magdeburg Geschäftsstelle: Poststraße 49, Bernbrecher 1887. Redaktion: St. Münzstraße 2, Bernbrecher 981.

Brüdererordnungen abonnieren: 1. Vierteljahr, (inkl. Bringerohn) 2 M. 25 Pf., monatlich 80 Pf. Der Kreis wird in Deutschland monatlich 1 Krempf. 170 Pf., 2 Krempf. 290 Pf. In der Republik und den Aufgebietern viermal jährlich 2 M., monatlich 70 Pf., bei den Postanstalten 225 pf. Briefporto. Einzelne Nummern 5 Pf., Sonntags- und Feiertagsnummern 10 Pf. — Abonnementgebühr: die lediglich gesetzte Zeitung ist 15 Pf. Vollzeitungliche Seite 276.

Nr. 24.

Magdeburg, Sonnabend den 28. Januar 1905.

16. Jahrgang.

Ein preußisches Berg-, „Notgesetz“.

Wie bereits in der heutigen Morgenauflage berichtet, ist die Staatsregierung eifrig an der Arbeit, um mittel und Wege zur Beilegung des großen Ausstandes im rheinisch-westfälischen Grubengebiet zu finden. Heute (Donnerstag) nachmittag tritt das Staatsministerium zu einer Sitzung zusammen, um über geheime beratende Maßnahmen in diesem Sinne zu beraten.

Meldung des „Tag“.
Wie bereits in der heutigen Morgenauflage berichtet, ist die Staatsregierung eifrig an der Arbeit, um mittel und Wege zur Beilegung des großen Ausstandes im rheinisch-westfälischen Grubengebiet zu finden. Heute (Donnerstag) nachmittag tritt das Staatsministerium zu einer Sitzung zusammen, um über geheime beratende Maßnahmen in diesem Sinne zu beraten.

So sind durch das Eingreifen der preußischen Staatsregierung — 24 Stunden nach dem gestern mitgeteilten sozialdemokratischen Fraktionsbeschluß — die streikenden Bergleute in die üble Lage gekommen, plötzlich an einem unbefriedigten Freundschaft zu leiden. Der preußische Staat will dem Deutschen Reich nicht die Ehre lassen, den ersten gesetzgeberischen Schritt zur Beilegung des Streiks getan zu haben. Sowie er erfährt, daß im Reichstag ein Reichsberggesetz geplant wird, geht er flugs daran, zu einem staatlichen Berggesetz eine Novelle auszuarbeiten. Die preußische Staatsregierung kann nicht so unerfahren sein, um nicht zu wissen, daß ihr Vorgehen nur dazu dienen kann, die Schwierigkeiten der gegebenen Situation noch zu vermehren. Wir haben erst gestern davon erzählt, wie der Erlass eines Reichsberggesetzes seit fünf Jahren der Wunsch des gesamten Reichstags mit Ausnahme der beiden konservativen Fraktionen ist. Wenn jemals der Zeitpunkt gekommen ist, an dem der Reichstag die gesuchte Regelung der Arbeitsverhältnisse des Bergbaus in die Hand nehmen muß, so ist er jetzt gekommen. Die Parteien des Reichstags, die sich augenblicklich fast alle arbeiterfreundlich gebärden, können sich, ohne die Massen abzulegen, der schlimmsten Beratung eines Reichsberggesetzes nicht widersetzen und müßten die gewohnten Verschleppungsmanöver unterlassen.

Die königlich preußische Staatsregierung aber will um jeden Preis den Erlass eines solchen Reichsberggesetzes verhindern. Denn sie ist ja selbst einer der größten Bergwerksbesitzer, und darum zieht sie es vor, sich ihr Berggesetz selber zu machen, es auf ihr kapitalistisches Ausbeutungsbedürfnis zuzustimmen, und den Entwurf einem Hause vorzulegen, in dem ihr Kapitalistenstandpunkt allseitiger verständnisvoller Zustimmung sicher ist: — nämlich im preußischen Landtag.

Die streikenden Bergleute aber werden nicht beruhigt, sondern geradezu provoziert, wenn man ihnen zumutet, sie sollten sich auf die gesetzgeberischen Gegebenheiten einer Körperschaft verlassen, die auf dem Fundament der Arbeitentrechtung aufgebaut ist, und die in den Debatten über den Kontraktbruch ländlicher Arbeiter ihren Arbeitgeber- und Eigentumspunkt bis zur Brutalität hervortreten ließ. Sie haben von den Gewählten der bestehenden Klassen Preußens ebensoviel sozialpolitisches Verständnis zu erwarten, als sie von den Kohlenherren wohlwollendes Entgegenkommen erfahren haben.

Höchstens insoweit kann das hastige Zwischenstreit der preußischen Regierung zum Guten führen, als dadurch die klassenpolitischen Hintergründe dieses Riesenstreiks hinreichend aufgedeckt werden. Es ist eine höchst mißverständliche Phrase, wenn man den Kampf im Ruhrrevier einen „rein wirtschaftlichen“ nennt, gleich als ob Wirtschaft und Politik zwei verschiedene Dinge und nicht zwei Seiten einer und derselben Sache wären. Jetzt wird es wohl jedem klar werden müssen, daß durch das Eingreifen der preußischen Regierung die Arbeiterversorgung des Ruhrreviers in ihr politisches Stadium eintritt. Wenn sich der preußische Staat zu einer gesetzgeberischen Aktion entscheidet, so muß ihm doch geantwortet werden, daß die Arbeiter von ihm nichts erwarten können, solange sie in ihm nicht gleichberechtigte Bürger, sondern Heloten der dritten Wählerklasse sind.

Kommt es darum auf den preußischen Staat an, so muß die Parole des Streiks lauten:

„Hoch das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Landtagswahlrecht!“ —

Die Etüden des Thrones.

Nun wollen die Herren vom Bergbaulichen Verein sogar die Monarchie schützen mit der Brüderung der Arbeiter, der Konsumenten und der Regierung! Was man in der Not doch nicht alles austüftelt!

Wenn man die Regierungsvertreter moralisch hinauswirft, wenn man rücksichtslos Gemeinwohl vor den Kün sten stellt, wenn man in ungezügelter Raffgier die Konsumenten plündert, wenn man die Hunderttausendchar der Arbeiter wie Lust behandelt, stärkt man die Monarchie. Ja, angeb-

lich geschieht die Brüderung sogar absichtlich ausschließlich im Interesse der Monarchie!

Wie die Religion, so spielen die Bergmagnaten auch die Monarchie aus — um selbst die unbeschränkten Herrscher zu spielen. . . .

Die Dauer des Kampfes.

Aus Dortmund schreibt unser Korrespondent:

Es scheint gewiß: der Kampf kann noch lange dauern. Diese unglaubliche Wahrheit hat das Gute, daß die Streikenden sich gar keinen Illusionen hingeben. Sie wissen, und rechnen damit, daß der Streik noch vier bis sechs Wochen dauern kann. Und darauf richtet man sich jetzt ein. Die Frauen knauen mit jedem Pfennig; viele Streikende sehen ihren Stolz darin, möglichst lange ohne Unterstützung zurecht zu kommen.

Steiger fangen nun auch schon an zu streiken. Auf einer Beche in Barop weigerten sich die Steiger, Kohlen zu holen, der Krach war fertig . . . Das kann ja noch nett werden.

Den Streikenden fließen aus allen Kreisen Unterstützungen zu, bares Geld, Naturalien, Kleider, Genussmittel, kurz alles, was zur Lebenshaltung gehört, wird bei den Sammelstellen eingeliefert. Nun haben sich auch noch hilfsbereite Wehemütter gefunden, die den Frauen der Streikenden gratis Beistand in schweren Stunden zusichern. Tabakfabriken lassen Paletchen mit den gängigsten Marken gratis verteilen, auch für den „Stift“ fanden sich Spender, Wurst und Brot, Kartoffeln und Gemüse — alles wird angefahren und dankend angenommen.

Immer lustiger wird die Jagd nach Streikbrechern. Auf einer Beche mache der Betriebsführer das großartige Versprechen, Arbeitsschläge sollte von der Kosten des ärztlichen Attestes betr. Wurmuntersuchung befreit sein. Die Bergarbeiter zögern es vor, wenn ihnen die Befreiung vom Wurm garantiert würde. Vorsichtiger ist ein andres Angebot. Ein Kohlenherr verspricht Denunzianten für Mitteilung von Vorgehen gegen § 153 eine Belohnung von — 100 Mark. Das ist stark! Denkt man denn nicht daran, daß durch solche Angebote skrupellose Elemente zu falschem Zeugnis angereizt werden können? Bissher hat man noch keinen Nachweis für die Notwendigkeit der Entsendung von Militär erbracht — denkt man vielleicht, auf diesem Wege das Ziel zu erreichen? So wie bisher alles Liebestwerben um Streikbrecher vergeblich war, so wird man hoffentlich auch für Judaslohn keine Verräter und Denunzianten finden.

Beschleppungsmanöver.

Der Bergbauliche Verein hat in einer am Donnerstag stattgefundenen Sitzung beschlossen, zu erklären, daß er den dringenden Wunsch habe, über die Verhältnisse im Bergbau klarheit (!!) geschaffen zu sehen, et wiederhole seinen Antrag auf Einsetzung einer Untersuchungskommission. Die Mißstände werden in der am Sonnabend beginnenden Konferenz der Ministerialkommission mit dem Siebener-Ausschuß von letzterem an Hand von einwandfreiem Material belegt. Aber die Zechenbesitzer werden wieder nicht erscheinen.

Am Freitag findet indessen wieder eine Delegierten-Konferenz statt, die über notwendig erscheinende Maßnahmen Beschluß fassen wird.

Der Inhalt des „Notgesetzes“.

Offiziös wird über die sauberen Pläne des großen Bergmanns, preußische Regierung genannt, das Folgende publiziert:

Die Staatsregierung beabsichtigt, außer den bereits früher angekündigten Gesetzentwürfen, betreffend die Änderung der §§ 65, 156 ff. des allgemeinen Berggesetzes vom 24. Juni 1855-1892 (Stillelagen von Bechen) und die Neuregelung des Knappshaftswesens, dem Landtag demnächst den Entwurf eines Gesetzes vorzulegen, durch welches der dritte Abschnitt des dritten Titels des allgemeinen Berggesetzes, soweit er von den Bergleuten handelt, einer Änderung unterworfen werden soll. Diese Änderung wird aller Vorauflösung nach sich namentlich auf folgende Gegenstände erstrecken: 1. gesetzliche Regelung der Arbeitszeit beim Steinlochbergbau einschließlich der Schifffahrt, soweit dies durch gesundheitliche Rücksichten geboten ist; 2. gesetzliche Regelung des Neben- und Nebenschichtentwesens; 3. obligatorische Einschaltung von Arbeiterausschüssen, die insbesondere auch bei der Verwaltung der Zechen-Unterstützungsfäste mitzuwirken haben, in die Arbeitgeberbeiträge oder Strafgelder fließen; 4. Verbot des Nullens; 5. Begrenzung der Höhe der Strafen für einen bestimmten Zeitraum.

Aller „Vorausicht“ nach soll dies der Inhalt der Novelle der Not sein, die „demnächst“ dem Dreiklassenhaus vorliegen ist. Wenn die Bergmagnaten nicht etwas andres beschließen!

Sicherlich wird am Sonnabend in der Konferenz der Ministerialkommission mit dem Siebener-Ausschuß der

Führer der Geheimräte auf die guten Absichten der preußischen Regierung hinweisen und die Vertrauensleute der Streikenden angesichts dessen auffordern, auf die Beendigung des Ausstandes zu drängen. Erst wieder einfacher, „demnächst“ wird der preußische Bergmann als Hüter des Treifstoffs... Wahlrechts sein Notgesetz so taxier und erfolgreich verteidigen wie die Kanalvorlage. Ist die Not verübt, ist das Gehege vergessen.

Das ist die alte Methode, nach der jetzt auch die zaristische Regierung der Revolution Herr zu werden versucht. Schreit erst zur Arbeit zurück; als dann werden wir eure Beschwerden wohlwollend prüfen und das beseitigen, was daran berechtigt ist.

Selbst die unorganisierten unaufgessärteten russischen Arbeiter schauen misstrauisch den Spiel mit Worten zu, hinter dem sich die Tat des Verrats birgt. Die organisierten, ihres Ziels und ihrer Taktik klar bewußten Arbeiter des deutschen Ruhrreviers werden den Geheimräten hell ins Gesicht lächeln, wenn sie ihnen mit solchen Prinzipien kommen.

Das war einmal, Herr Bödler. Aber es ist schon lange her, Herr Bülow!

Die Solidarität der englischen Bergarbeiter.

Der Volksziehungsausschuss des englischen Bergarbeiter-Verbandes beschloß, die ausständigen Bergleute im Ruhrgebiet mit 40 000 Mark wöchentlich zu unterstützen. Ferner forderte er die englischen Bergleute auf, nicht länger zu arbeiten, als sie es vor dem Ausbruch des Ausstandes im Ruhrgebiet taten.

Die Unruhen der Rüstung!

Die zaristischen Gewalthaber, die drei Tage lang ihre Lügen nur zu stammeln vermochten, werden wieder bereit. Sie geben dem Telegraphen reichliche Arbeit und die bürgerliche Presse Westeuropas nimmt durchweg mit Vergnügen und in blindem Vertrauen von ihren plumpen Schwundelnotizen.

Die Revolution soll vorbeigezogen sein, ohne am Bau des Zarismus irgend eine Spur zu hinterlassen. Die Ruhe sei zurückgeföhrt. In Petersburg, in Moskau und überall. Der Tiner Trepow sorgt durch Massenverhaftungen dafür, daß die Unruhestifter eingeschläfert werden und sich verkriechen. Der weiße Zar regiert, herrscht, befiehlt und sei es auch nur mit dem Mittel des weißen Schrecks.

Tatsächlich regiert, herrscht und befiehlt nicht der hilflose Zar, sondern die Kosaken, die Kohorte der Großfürsten und ihrer hungrigen Beamtenvölke. Tatsächlich herrscht keine Ruhe, sondern namelose Elbitterung. Tatsächlich ist die Revolution nicht erstickt, sondern sie zieht mit der Fackel der Empörung durch das Land bis in ihre fernsten Winkel. Tatsächlich verläuft kein Tag ohne Straßenkämpfe; tatsächlich sinkt an seinem Ende die Sonne, ohne daß sie gefallene Freiheitshelden auf russischer Erde ins Fahllicht gesleuchtet hätte.

So sieht keine niedergeworfene Revolution aus! Sind auch nicht gigantische Straßenkämpfe zu buchen, die Unruhen der Rüstung auf Kommando, Größeres sind auch heute wieder im revolutionären Journal anzusehen.

Die Rache!

Was die Rüstung bezweckt, geht klar hervor aus den Aufrufen, die der Priester Garen an die Arbeiter erläutert. Es heißt darin:

Gegen Soldaten und Offiziere, die ihre unschuldigen Brüder zusammen mit deren Frauen und Kindern einschlagen, und gegen alle Brüder des Volkes spricht ich meinen priesterlichen Fluch aus. Auf die Soldaten der Nation zur Gewinnung ihrer Freiheit helfen, sie ich Gegen herab, und hiermit entbinde ich sie von dem militärischen Treueid, den sie dem betrügerischen Zar, auf dessen Geheiz das Blut unschuldigen Volkes vergossen wurde.

Brüder, Arbeiter! Das unschuldige Blut des Volkes ist vergossen worden. In uns hegen wir Gefühle der Schüttung und Rache gegen den bestialischen Zar und seine Handlanger, die Minister, und glaubt mir, der Tag ist nahe, sehr nahe, da ein Heer arbeitender Männer sich droht, mit mehr Überlegtheit erheben und wie ein Mann zuschlagen wird für seine eigene Freiheit und für die Freiheit ganz Russlands. Seinetwegen um die erschlagenen Helden. Seid getrost! Wir sind geschlagen, aber nicht besiegt worden. Laßt uns alle Bilder des blutdürstigen Zaren zerreißen und zu ihm sprechen: „Sei verflucht mit Deiner ganzen erbärmlichen Brüder!“

Freider, Arbeit, deren Fleisch mit Blut gefüllt wurde! Mir beschäftigte, am 22. Januar friedlich mit einer Petition zum Zaren zu gehen. Von dieser unter Absicht beschäftigten wie vorher seine munitionellen Mamelusen und exschlugen sie, die Truppen zurückzugehen und uns nicht zu hindern, vor unsern Herrscher zu treten. An den Zaren selbst in Petersburg schickte ich am 10. Januar einen Brief, der ihn erfuhr, mit dankbarem Herzen und mutiger Seele zu seinem Vater herauszukommen. Um den Preis unsres eigenen Lebens verdrängten wir ihm die Unverlässlichkeit seiner Person. Und was kam dabei heraus? Unschuldiges Blut wurde nicht bestrafen will verlossen. Der schwäfische Zar und seine kindischen Beamten, die den Schah plünderten und das russische Volk auslangen, beschworen vorsätzlich, auf unsre unbewaffneten Brüder und deren Frauen und Kinder einzuhauen und sie niederzumehlen. Die Augen der Truppen des Kaisers, die in der Narvastraße die Arbeiter töten, welche das Bild des Kaisers trugen, durchbohrten das Bild und töteten unsern Glauben an den Zaren.

Doch Freider, wie werben Rache üben an dem von seinem Volke verfluchten Zaren, an all seiner kaiserlichen Drachenbrut, an seinen Ministern und allen Ausplunderern des unglaublichen Russland. Tod ihnen allen!

Ich rufe alle auf, die ernstlich dem schwer arbeitenden russischen Volke zu helfen wünschen, daß es leben und frei atmen könne, hervorzutreten und zu helfen, wann und wie sie können. Ich rufe alle denkende Männer auf, Studenten, Sozialdemokraten und Sozialrevolutionäre, sowie alle revolutionären Organisationen, die Hand zu leihen. Wer nicht für das Volk ist, ist gegen es.

Das ist die Sprache, das sind die Gefühle, das sind die heutigen Vorläufe der Tausende, die bis zum Sonntag an den Zaren treu geglaubt haben, die vor ihm auf die Knie gesunken wären, wenn er sich nur mit der Rosenpistole gezeigt hätte. Das hat der 22. Januar mit seinen unerhöhten Mezeilen aus den gläubigen, ahnunglosen, blind vertrauenden loyalen Petersburger Arbeitern gemacht!

Demonstration des Petersburger Stadtrats.

In der am Mittwoch abgehaltenen Sitzung des Stadtrats stellte Stadtverordneter Professor Nabatow im Namen von 16 Stadtverordneten einen Antrag, der folgendermaßen lautet:

Die Bekanntgabe der Regierung bestätigte, was alle Einwohner der Stadt gesehen, daß nämlich am 22. Januar Truppen zu die Arbeiter, die mit einer Petition an den Zaren zum Winterspalais gingen, jlossen. Der Petersburger Stadtrat ist hierüber zu seines Empörte. Er erklärt, daß solche Grausamkeit die Grundzüge der bürgerlichen Ordnung, nämlich die Sicherheit des Lebens, untergräbt und macht es zu seiner Pflicht, die Geschädigten zu unterstützen, indem er 25 000 Rubel für Verwundete und die Familien der Getöteten bewilligt.

Der Vorsteher der Turnow weigerte sich, den Antrag zur Bezeichnung zuzulassen. Darauf beantragte der Stadtverordnete Baron Korff, 25 000 Rubel für die Geschädigten zu bewilligen, ohne zu erwägen, ob sie schuldig oder unschuldig seien. Der Antrag wurde mit großer Stimmenmehrheit angenommen und gleichzeitig 2000 Rubel zur Verbesserung der städtischen Ambulanzien zur Hilfeleistung für Verwundete im Falle der Wiederholung der Ereignisse vom 22. Januar bewilligt, sowie das Stadtrat mit unverzüglicher Bearbeitung der Frage der Einrichtung schneller ärztlicher Hilfe beauftragt, denn am Sonntag hätten nach Aussage von Augenzeugen Verwundete auf Knien von der Morskaia-Gasse bis zur Kasanischen Straße müssen.

Bei dieser Meldung muß beachtet werden, daß Petersburg unter der Gewalt des militärischen Diktators steht. Selbst die Macht des Bluthundes Trepow reicht also nicht so weit, um Proteste der Stadtverordneten zu verhindern. Einige von ihnen hat er zwar einkerkern lassen, aber die Mehrheit bietet ihm die Stirn und kündigt ihm obendrein noch verbündet an, daß die Erhebung des 22. Januar sich wiederholen wird.

Das ist die „Ruhe“, die in Petersburg wieder eingesetzt ist!

Nächtlicher Leichentransport.

Die Zarenfreude haben noch immer nicht mitzuteilen gewagt, wie viele Opfer ihre Soldaten am Sonntag in den Schnee gestreckt hat. Private Ermittlungen geben die Zahl auf 4600 an Toten und Schwerverwundeten an. Um die Wahrheit auch nicht annähernd bekannt werden zu lassen, werden die Leichen in der Nacht von der Polizei weggeschafft. Es wird gemeldet:

Ein Polizeizeug beförderte Donnerstag morgen 4 Uhr 90 Särge mit Leichen, deren Identität nicht hat festgestellt werden können, vom Nikolaibahnhof nach dem Begegnungsplatz von Peterhof. Die Güterzüge des Moskauer Bahnhofs sind mit getrockneten Leichen, den Opfern des letzten Sonntags, gefüllt. Diese Leichen werden zur Bemühung von Unruhestiftern nichts fortgeschafft werden.

So versichert die zaristische Polizei die Helden des Freiheitskampfes! Selbst das Weinen und Weinen hat sie in den Tagen zuvor verboten!

Die Erhebung der Liberalen.

Die Petersburger Organisation der liberalen Intelligenz hat einen Aufruf an das Volk erlassen. Das Manifest beginnt mit einer Aufzählung der Ereignisse, die zu der Fassade auf das unbeherrschte Volk in der Hauptstadt geführt haben. Es erklärt, daß die Behörden wohl wußten, daß die Absichten der Arbeiter friedlich waren. Nach einer Schilderung der Zwangsmethoden gegen die Semtros sagt der Aufruf, der Gedanke der Arbeiter, sich unmittelbar an den Zaren zu wenden, sei nun natürlich und entspreche der historischen Auffassung des Zaren als des „Vaterlands“ seines Volks. Der Aufruf schließt mit den Worten:

Die Offenlichkeit muß begreifen, daß die Regierung den ganzen russischen Stolz den Krieg erklärt hat. Darüber gibt es keine Zweifel mehr. Eine Regierung, die vor mit Füßen von

Sabot und Klone mit dem Volk verbünden kann beweist sich selbst. Großen Anstrengungen des Zarenstand gehorchen. Dem Unternehmen nach zu tun die Karossen Fahrzeuge, um den russischen Truppen an den Platz der Revolution zu bringen, in Petersburg und anderwärts herzustellen.

* Darmstadt, 26. Januar. Heute nahmlich begaben sich die an der besten technischen Schule studierenden Männer, eben 300 von der Zahl, in Körper zur russischen Gesellschaft und legten beim Gesandten, der sie vor dem Torposten der Gesellschaft aufhielt, Protest ein gegen das Verhalten der russischen Regierung aus Anlaß der Petersburger Vorfälle vorher gegen den Arbeiter.

Hd. Paris, 27. Januar. Während des gestrigen Zusammentreffens sind im ganzen 22 Personen getötet und 55 verletzt worden. Sieben Soldaten wurden verwundet, darunter einer tödlich.

Hd. Paris, 27. Januar. „Petit Journal“ meldet aus Petersburg, in Moskau sind neue Unruhen ausgebrochen. Wie verlautet, sind 12 000 Arbeiter in der Fabrik Novo-Woschnjewo in Aufstand getreten. Dieselben durchziehen die Straßen unter Vorladung von roten Fahnen und Anhänger revolutionärer Ideen. Die Zahl der dort anwesenden Truppen genügt nicht, um die Unruhen niederzuwalzen.

Hd. Paris, 27. Januar. Die Kämpfer lebten die Fabrik Bafle in Brand, auch eine große Wollspinnerei steht in Flammen.

Hd. Petersburg, 27. Januar. Auf dem Zentralino-Platz sind gestern abend eine Kundgebung der Aufständischen statt. Die Polizei durchzog die Straßen und griff die Polizisten an, wobei ein Polizist durch einen Revolverkugel getötet wurde. Truppen mussten requiriert werden, um die Kundgebung zu zerstreuen.

Hd. Wilna, 27. Januar. Die Lage ist sehr ernst. Mehrere Zusammenstöße zwischen Aufständischen und Polizei haben stattgefunden, wobei über 30 Personen getötet oder verwundet wurden. Unter den Opfern befinden sich mehrere Soldaten und Polizisten.

Hd. Helsingfors, 27. Januar. Truppen durchziehen die Straßen der Stadt. Um 7 Uhr abends zogen mehrere tausend Aufständische durch die Straßen. Es kam zu einem Zusammenstoß, bei welchem mehrere Kundgeber verletzt wurden, auch ein Polizist wurde durch einen Revolverkugel verwundet.

Politische Übersicht.

Magdeburg, 27. Januar 1905.

Die Bucherverträge.

Im Reichstag hat am Donnerstag Graf Posadowsky die Mitteilung gemacht, daß der deutsch-österreichische Handelsvertrag unterzeichnet sei und daß die gesamten neu abgeschlossenen Verträge, nachdem sie den Bundesrat passiert, voraussichtlich am 1. Februar dem Reichstag vorgelegt werden würden.

Inzwischen hat die „Frankfurter Zeitung“ einige Angaben über den Inhalt der Verträge gemacht, die allerdings wenig enthalten, was man nicht schon ahnte. Werden die Handelsverträge angenommen, so wird sich der Zoll für die beiden wichtigsten Brotgetreideorten beträchtlich erhöhen, nämlich für Roggen von 3,50 Mark pro 100 Kilogramm auf 5,00 Mark, für Weizen von 3,50 auf 5,50 Mark. Der Zoll auf Mehl steigt von 7,30 auf 10,20 Mark.

Es erübrigt sich, näher auszuführen, daß und warum die sozialdemokratische Fraktion solche Handelsverträge auf das entschieden bekämpfen wird. Freilich muß erwartet werden, daß sie allein in der Opposition stehen wird. Das Veterinär-Abkommen mit Österreich-Ungarn soll allerdings eine den Agrariern lästige Abänderung erfahren, da das bisher beliebte System der willkürlichen Grenzperre aufgehoben und für Streitfälle ein Schiedsgericht eingesetzt werden soll. Wieweit die Viehzüchter dafür durch die Erhöhung der Viehzölle entschädigt werden, ist noch nicht bekannt. Man darf allenfalls von der äußersten Rechten ein wenig Theaterlärme erwarten. Sie wird sich aber wohl hüten, eine Haltung einzunehmen, die das Zustandekommen der den östlichen Großgrundbesitzern überaus günstigen Verträge gefährden könnte.

Die Bucherverträge werden im Reichstag nur eine einzige entschiedene Gegnerin finden: die Sozialdemokratie. Diese Gegnerschaft wird möglicherweise den Verträgen nicht unmittelbar schaden, deßto mehr wird sie der Sozialdemokratie nützen. Unsre Gegner befinden sich stets vor der fatalen Wahl, ob sie der Sozialdemokratie ihren Willen tun, oder ob sie, indem sie die Wege ihres Klasseninteresses gehen, für die Sozialdemokratie unfeindliche Propaganda-Arbeit verrichten wollen. Wie sonst werden sie auch diesmal den zweiten Weg gehen. Sie lohnt ihr Gewinn. Aber auch wir werden mit dem unsern zufrieden sein dürfen!

Aus der Parteibewegung.

Bei den Stadtverordnetenwahlen in Braunschweig siegten in drei Bezirken unsre Genossen, in einem ein Gegner.

Wegen Bekämpfung des Baugener Offizierskorps wurde Genosse Dübbel von der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt.

Königsberg. Mit den soeben herausgegebenen Heften 9—11 liegt nunmehr der Königsberger Prozeß vollständig vor. Diese Hefte bringen neben dem Abschluß des russischen Krimdenkmals die Plakette des Staatsanwalts und Verteidiger. Zum erstenmal wird die umfangreiche Urteilsbegründung in ihren rechtlichen Ausführungen der Öffentlichkeit bekannt gegeben, nebst einer die Hauptpunkte kritisch ergänzenden Befürchtung. In den Fußnoten ist wiederum Material des Staatsanwalts über Kants Stellung zur Revolution gesammelt. Das Schlussteil behandelt den Umschwung der öffentlichen Meinung nach Königsberg. Ein Anhang gibt einige Altersstücke zur revolutionären Bewegung in Russland wieder. Ein ausführliches Stichwort-Berichtsblatt ist dem Werk zur Orientierung beigegeben. — In dieser Woche gibt die Buchhandlung Vorwärts auch gebundene Exemplare heraus. Die 534 Seiten umfassende Band ist zum Preise von 3 Mk. erhältlich.

Gewerkschaftsbewegung.

Alle gewerkschaftlichen Nachrichten. Die Schmiede der Waggonfabrik in Hannover haben die Arbeit niedergelegt. Am Donnerstag reichten die Schmiede Forderungen ein, die aber von der Direktion nicht bewilligt wurden. Deshalb legten sie die Arbeit nieder. Eine Versammlung der dort beschäftigten Arbeiter beschloß, die Arbeit arbeitswilliger Schmiede nicht weiter zu bearbeiten, so daß jeden Tag ein Ausfall der gesamten Arbeiter — etwa 370 Mann — eine Sperrung oder aber die Bewilligung der Forderungen zu erwarten ist.

Beilage zur Volksstimme.

Nr. 24.

Magdeburg, Sonnabend den 28. Januar 1905.

16. Jahrgang.

Der Sturmeständer.

Von Maxim Gorki.

Über grauen Meeressäcken
Sammeln Winde Wetterwölfe,
Zwischen Wolken und dem Meere
Schwebet stolz der Sturmeständer,
Einem schwarzen Blitz gleichend.

Bald im Flug die Wellen streifend,
Pfeilschnell bald zur Höhe sich schwungend,
Scheit er — und die Wellen hören
In dem Schleife kühne Freude.

In dem Rufe Kampfes sehnen!
Görnerwut und Kraft und Zorn,
Übersicht und Siegeshoffnung
Hören in dem Ruf die Wellen.

Mäven stöhnen vor dem Sturm,
Stöhnend füllt übern Meere;
Und auf seinem Grund sich bergen
Möchten sie aus Angst vor Stürmen.

Dumme Pinguine bergen
Ihren leissten Leib im Felsen . . .
Nur der stolze Sturmeständer
Schwebt in fühlend, freiem Fluge
Über grauen Meeresschäume.

Immer finster, immer tiefer
Neigen sich zum Meer die Wellen;
Und die Wellen jauzen, tanzen
In die Höhe, dem Blitz entgegen.

Donnerrollen. Wütend schäumen,
Stöhnend streitend Wind und Wellen.
Da ergreift der Wind, umflammt
Fest der Wellen trüge Scharen.
Wirft sie dann mit einem Mal
Voller Wut so auf die Felsen,
Doch die glänzend großen Wellen
Jäh in Staub und Schaum zerstören.

Schreiend schwebt der Sturmeständer;
Einem schwarzen Blitz gleichend
Dringt er pfeilschnell durch die Wellen,
Streift den Wellenchaos im Fluge.

Sieh: da schwebt er — wie ein Dämon —
Stolz und schwarz: ein Sturmeständer.
Und bald lacht er und bald weint er . . .
Und den Wellen gilt sein Lachen,
Und vor Freude muß er weinen.

Denn er merkt, daß im Erblassen
Längst die Zorneskraft des Donners,
Und er weiß, die Sonne können
Sie die Wellen ganz verdecken,
Werden sie durch nichts verdecken.

Winde wüten . . . Donner dröhnen . . .

Und im blauen Licht erglänzen
Überm Meer die Wellenmassen.
Drauf empfängt die See die Blitz,
Lödt sie aus in ihren Fluten
Und wie Flammenzungen winden
Sich im Meere und verschwinden
Ihre Blitz gretele Bilder.

"Sturm! Bald wird ein Sturm erschallen!"

So der fühe Sturmeständer —
Schweibend stolz dort zwischen Blitzen,
Überm Meer, das zornig heult,
Also ruft der Siegesländer:

"Mag der Sturm noch stärker schallen!
Wilder mag das Wetter wüten!"

Der spionierende Kriminalinspektor.

Am 13. September wurde von einem großen Schutzmannausgebot unter Ausführung des Polizeikommissars Schöne die Preßkommission der "Volksstimme", die bei Albert Bader tagte, überfallen und, nachdem die vorhandenen Schriftstücke beschlagnahmt und die Namen der Teilnehmer festgestellt waren, wegen angeblichen Vergehens gegen das preußische Vereinsgesetz aufgelöst. Der Polizei waren einige Zettel mit Notizen und 19 Berichte über das abgelaufene Geschäftsjahr der "Volksstimme" in die Hände gefallen. Als mehrere Tage später der Geschäftsführer der "Volksstimme", Genosse Fabian, über die Angelegenheit von der Amtsanzwaltung vernommen wurde, erhielt er 18 Exemplare des Geschäftsberichts wieder zurück, während ein Exemplar bei den Alten verblieb.

Die Voruntersuchung ist nun abgeschlossen und morgen, Sonnabend, wird sich das Gericht mit der Frage beschäftigen, ob die Preßkommission öffentliche Angelegenheiten erörtert und daher ihre Sitzungen anmelden muß, oder nicht. Die Akten liegen also bei dem Gericht. Bei dieser Sachlage muß es außerordentlich überraschen, daß die Polizei noch am Mittwoch im Besitz des Originals oder einer Abschrift des beschlagnahmten Geschäftsberichts war. Wie kommt sie dazu und was hat sie mit diesem Altenstück überhaupt zu tun?

Geradezu scandalös muß aber der Gebrauch bezeichnet werden, den der Kriminalinspektor Schmidt mit diesem Altenstück macht. Er hat aus ihm den genauen, geschäftlichen Stand der "Volksstimme" ersehen und benutzt die ihm gewordene Kenntnis, allerhand Dinge auszuspionieren, ob ihn nichts, aber auch gar nichts angehen. Am Mittwoch nachmittag traf er den Genossen Gärtner auf der Straße und richtete die Frage an ihn, ob er einmal zu ihm kommen wollte, er habe ihm einige Fragen vorzulegen. Gärtner erklärte sich bereit dazu und suchte kurz danach Schmidt auf seinem Bureau im Polizeipräsidium auf. Nachdem Gärtner dort angekommen, nimmt Schmidt eine Aktenmappe vor, in der sich unter andern Schriftstücken auch der Jahresbericht der "Volksstimme" — ob im Original oder in der Abschrift, kann Gärtner nicht angeben — befand, und läßt sich zunächst Auskunft geben über eine Angelegenheit privater Natur zwischen dem Verleger Harbaum und den Genossen Gärtner, die uns hier nicht weiter interessiert, den Inspektor Schmidt aber auch nichts angeht. Dann entspinnt sich folgerdes Frage- und Antwortspiel zwischen dem Kriminalinspektor und seinem Besucher:

Schmidt: Da wird immer renommiert, die "Volksstimme" hätte 15000 bis 16000 Abonnenten. Wenn man aber die Summe, die hier für Abonnementsgelder gebucht ist, mit 2,50 Mark dividiert, kommen nur etwa 10000 Abonnenten heraus.

Gärtner: Ich habe mich nie darum gekümmert, wie hoch der Abonnentenstand ist. Uebrigens lassen Sie bei Ihrer Berechnung die Freigemplare, Austauschgemplare u. dergl. ganz außer Betracht. (Die Polizei hat auf zwei Exemplare der "Volksstimme" abonniert. Unser Kolporteur entzündet sich aber nicht, daß ihm jemals 2,50 Mark an Abonnementsgeld ausgehändigt worden sind. Wie bei allen übrigen Abonnenten muß er sich auch bei der Polizei mit 2,25 Mark begnügen. Außerdem kann der Verlag der "Volksstimme" für jede Nummer, die bezahlt wird, natürlich nur die Summe anrechnen, die er erhält. Die Verbandskosten, die Entschädigung für die Trägerinnen usw., die im vollen Abonnementsbetrag enthalten sind, muß er von den 2,25 Mark

abziehen. Der im Spionieren so geschickte Kriminalinspektor kann ja einmal schließen, wie groß die Nutzen sind, die der "Volksstimme" dadurch erwachsen, und wenn er nach Abzug der Kosten seine Division noch einmal wiederholt, wird er wohl auf die richtige Abonnentenzahl kommen. D. Neb.)

Schmidt: Hier sind 10000 Mark auf das Konto Mitarbeiterhonorare gebucht, wie sieht es denn damit?

Gärtner: Es ist doch unmöglich, daß drei Redakteure eine Zeitung allein schreiben können. Es sind dazu Mitarbeiter und Berichterstatter notwendig und deren Bezahlung ist in dieser Summe enthalten.

Schmidt: Was bedeutet denn das Konto Umzugskosten Bader?

Gärtner: Ich weiß es nicht, aber ich nehme an, daß unsere Redakteure, wie die Beamten, wenn sie versetzt werden, für die Kosten, die der Umzug verursacht, entschädigt werden. Wahrscheinlich werden in der Summe auch die Kosten enthalten sein, die Bader für kontraktlich ausbedingte Mietzahlung entstanden sind.

Schmidt: Hier finde ich 3500 Mark für Harbaum einzutragen, was heißt denn das?

Gärtner: Als die "Volksstimme" 1890 begründet wurde, waren die Buckauer Parteigenossen für sich. Ich weiß nichts anderes, als daß Harbaum Verleger und Eigentümer der Zeitung ist und bezeugt nicht, daß das so seine Richtigkeit hat.

Schmidt: Ja, das steht hier in dem Bericht, aber den bemerkst du doch nicht jeder?

Gärtner: Das weiß ich nicht.

Schmidt: Sie sind doch früher in der Preßkommission gewesen. Haben Sie da einen solchen Bericht bekommen. In der Preßkommission werden doch auch andere Sachen erörtert, die nicht direkt mit der Zeitung in Zusammenhang stehen.

Gärtner bestreitet dieses. Die Preßkommission hat nur Zeitungsangelegenheiten zu behandeln. Wenn sie sich in andre Dinge mischt, die sie nicht daran berühren, würden ihr die Parteigenossen gehrig auf die Finger klopfen.

Schmidt: Sagen Sie einmal, was wissen Sie denn von einem Streitfall Fabian-Haupt-Mitsch? (Hier spielt der Fragesteller auf die Blätter einer Zusammenkunft im Luisenpark am 15. Juli an, die ebenfalls polizeilich aufgelöst wurde. D. Neb.)

Gärtner: Die Sache ist mir nicht bekannt. Fabian kennt ich als einen ehrigen Mann, Haupt ist aufgeregter, nervöser, und wenn er mit Mitsch und anderen zusammen ist, kann es leicht einmal zu einem Zusammenstoß kommen. Uebrigens kommen Streitigkeiten immer einmal vor, das sehe Sie ja jetzt wieder, wo die Genossen der Alten Neustadt Beschwerde über den Inhalt der Zeitung erheben. In Bezirksversammlungen oder in öffentlichen Versammlungen werden ja auch ab und zu Klagen laut über Haltung und Ton des Blattes. Das ist gewiß begreiflich, der Mann muß noch gesucht werden, der so schreibt, wie es allen Leuten recht ist.

Schmidt: Der Redakteur Albert ist doch über die Volksstimme-Akademie gesplont?

Gärtner bestreitet das. Nach dem Versammlungsbericht, auf den er sich stützen müsse, habe er eine andre Meinung über die Ursachen des Wegangs Alberts.

Das Gespräch wendet sich jetzt dem Bergarbeiterstreit und den Sympathien, die dieser bei den Magdeburger Arbeitern findet, zu, wobei Schmidt seine Verwunderung über den seiner Meinung nach schwachen Besuch der Luisenpark-Versammlung, in der nur 2000 Mann anwesend gewesen sein sollen, äußert. Er schließt daraus, daß die streikenden Bergarbeiter nur wenig Sympathien bei den Magdeburger Arbeitern finden. (?) Et (Schmidt) hofft Tausende von Besuchern erwartet. — Gärtner berichtet dem Kriminalinspektor über das Irrtümliche seiner Aussöhnung, dann fragt Schmidt:

"Natürlich Robert; solcher Verkehr mit einem unverheirateten Mann! Ich werd' ihm gleich eine Abjage setzen. Käthe sei augenblicklich zu angegriffen zu folgenden Studien. Das ist nur die Wahrheit. Das Mädel ist ja entsetzlich nervös. Jetzt weint sie schon wieder."

Der Rat hat die Geschichte herzlich satt. Wenn sich doch endlich eine Partie für Käthe finde! Treibt sie's so weiter, dann ist das bisschen Jugend bald vollends hin. Ihre Mutter sieht beinahe jünger aus. Na ja, die hat eben zur rechten Zeit geheiratet!

Otto hat das Examen bestanden und verlobt sich mit Eva von Mylius. Käthe sticht einen riesigen Wandbehang nebst Divanedecke als Hochzeitsgeschenk, eine Arbeit von vielen Wochen. Dann kommen die Sorgen für die Hochzeits-toiletten; sie hat gar keine Zeit, an sich zu denken.

Frau von Mylius ist ungeheuer eingekommen von Otto und seinen Eltern. Käthe ist weniger ihr Geschmac. Sie findet eine unverheiratete Schwägerin auch nicht angenehm für Eva, und so sinkt sie auf Abhilfe. Da ist ein Vetter von ihr, ein Regierungsrat in Berlin, der zur Hochzeit kommen wird. Er ist nicht mehr jung, er hat sein Leben genossen, hat seine Stellung und neben seinem Gehalt ein ziemliches Vermögen. Also: eine gute Partie! Er hat ihr bei seinem letzten Besuch anvertraut, daß er nunmehr ganz gern heiraten würde. Aber er wolle eine anspruchslose Frau haben, keine Großstädterin. Vermögen sei nicht notwendig. Hauptächlich sei es ihm darum zu tun, Ordnung und Beihagen um sich zu haben. Bezahlte Leute seien zu unzureichend. Auch allzu jung dürfe sie nicht sein. Der Mann ist wie geschaffen für Käthe Ebert, die so vortrefflich erzogen und, wenn auch schon am Verblühen, doch eine sehr nette Erscheinung ist. Frau von Mylius spricht im Vertrauen mit der Käthe, die ist selig bei der Aussicht und nimmt die Seide zum Hochzeitskleid für Käthe noch eine Mark den Meter teurer. Auch einen echten Straußfederfächer erklärt sie für unerlässlich. Käthe ist ahnunglos. Der Regierungsrat

macht am Tag vor der Hochzeit seinen Besuch. Käthe in ihrer stillen, feinen Art gesäßt ihm nicht übel und er beschließt, sie näher zu treten. Er hat das Raithaus-leben iatt.

Käthe hat keinen besonderen Eindruck von dem hier bestimmten Brautführer empfangen. Nur der Blick seiner Augen ist ihr etwas unangenehm. Doch sie denkt nicht weiter darüber nach. Ob der oder ein anderer, ist ihr ziemlich gleichgültig.

Am Tage nach dem Fest tritt die Mutter zu Käthe ins Zimmer mit halb feierlicher, halb strahlender Miene.

"Käthe, Kind, welches Glück! Eben hat Herr Regierungsrat Verend schriftlich um Deine Hand angehalten. Er bittet, im Fall Deiner Einwilligung, heute gegen Abend kommen zu dürfen. Ach, Käthe, wie froh bin ich, wie unendlich froh! Eine solche Stellung und Berlin! Und wohlhabend ist er auch! Nun — Du bist ja gar nicht überrascht — war er Dir vielleicht schon Andeutungen gemacht?"

"Nein, Mama, wir haben kein Wort von Liebe gesprochen. Ich glaube auch nicht, daß er mich liebt. Vielleicht empfinde nichts, gar nichts für ihn. Jedermann müßte eine längere Bedenkzeit haben."

"Aber, Käthe, das geht nicht. Einen solchen Mann läßt man nicht warten. Und das mit der Liebe, das findet sich." Käthe zögert eine Weile. Ein Größlein läuft über ihren Körper. Die Mutter schaut sie so fragend, so flehend an. Da gibt sich Käthe einen Ruck.

"Ja, Mama, wenn Ihr meint, es geht, dann will ich es tun. Papa mag ihm schreiben, daß ich bereit bin. Von Liebe steht wohl nichts in dem Brief?"

"Bon Liebe? Gott, nein, der Regierungsrat ist doch auch kein Jungling mehr. Nur komme mit zu Papa. Nein, daß Du eine Braut bist! Und schon bald wieder eine Hochzeit. Mir summt der Kopf! Aber, ich denke, meine Toilette geht noch einmal ohne Änderungen, meinst Du nicht?"

Gegen vier Uhr klopft die Käthe an Käthes Zimmer-

Was nicht geht und was geht.

Stücke von B. Rittweger.

(Schluß.)

Der Ball beim Präsidenten ist vorüber. Käthe hat, in vorteilhafter Toilette, ziemlich viel getanzt. Ein blutjunger Leutnant war ihr Tischpartner, an der andern Seite hatte sie einen älteren, unverheirateten Professor. Er hatte, als sie in der Elekta der Töchterschule war, den jungen Mädchen eine Reihe von Vorträgen über Physik gehalten und sie durch Experimente erläutert. Käthe durfte ihm häufig bei diesen Experimenten Händreichung tun, und das hatte sie damals sehr stolz gemacht. Nun betrachtet sie es als ein unverhofftes Glück, sich wieder mit ihm unterhalten zu dürfen. Käthe freute sich, daß der Professor sich der Zeit ihrer gemeinschaftlichen Arbeit noch erinnerte, und als die Rede auf die Fortschritte in der Frauenbildung kam, sah sie den Mut und fragte ihm ihre Not, die Leere ihres Dateins. Er hörte ihr aufmerksam zu und machte ihr zuletzt den Vorschlag, sie solle möglichst zweimal zu ihm kommen, um naturwissenschaftliche Studien mit ihm zu treiben. Käthe war glücklich über das Anerbieten. Sie war auf dem Heimweg so heiter, daß die Rätin vermutete, Käthe habe auf dem Ball eine Erfahrung gemacht.

Aber ihre Versuche, etwas darüber zu erfahren, mißlangen. Erst am andern Morgen erzählte Käthe ihren Eltern, was für eine herrliche Aussicht sich ihr eröffnete. Diesmal würde sie gewiß nicht auf Widerstand stoßen.

"Aber Käthe!" so rief entgegnet die Rätin, "das geht nicht! Professor Weller ist doch Junggeselle."

"Ach, lieber Gott, daran hatte Käthe nicht gedacht. Also auch das geht nicht. Sie macht noch einen Versuch:

"Aber ich soll heute schon zum erstenmal kommen. Bitte, erlaubt es mir doch!"

"Es geht aber doch nicht, so leid mir's für Dich tut. Mama hat recht, es verbietet sich ganz von selbst."

Wie steht es denn mit dem Konsumverein? Der Abgeordnete auf einer schiefen Ebene?

Gärtner: Dieses Werkrecht und die Rechte gegen den Konsumverein ist auf den Arbeitersparverein ausgedehnt, der sich die mindestens Verpflichtung, die den Beamten die Eigentümerchaft zum Konsumverein unterstellt, genugte macht und die kleinste Schärfelastik und die geringste Unregelmäßigkeit gegen den Konsumverein ausübt. Die Unregelmäßigkeiten, die den Lagerhaltern vorgeworfen werden, sind mit gleichstarker Art. Gleich kommt in jedem Betrieb einmal vor, auch bei Ihnen Beamten, aber da wird es nicht an die große Glocke gehängt, während das im Konsumverein der Fall ist. Sozialdemokrat ist der Konsumverein aber nicht. Der Central-Volksgerichtshof ist mit sehr gesetzlichen "Behauptung" ja hingefasst und die Beute im Konsumverein kennen das Gewissensschadegesetz gut genug, um zu wissen, daß jede politische Bedeutung verboten ist.

Schmid: Aber der Konsumverein feiert doch den 1. Mai?

Gärtner: Darin ist doch keine politische Bedeutung des Konsumvereins zu sehen. Die Arbeiterorganisationen feiern den 1. Mai und deren Wunsch tragt die Verwaltung Rechnung, wenn sie die organisierten Arbeiter nach Möglichkeit an der Maifeier teilnehmen lässt.

Dann endigte die Unterredung. Wir fragen nun: Mit welchem Recht beruft der Kriminalinspektor Achtenhoff, daß er von Rechts wegen gar nicht bestimmen dürfe, um sich Kenntnis über Dinge zu verschaffen, die nichts mit seiner amüslichen Eigenschaft zu tun haben? Das ist doch ein ganz unerhörter Vorgang, ein Mißbrauch einer amtlichen Stellung, wie er uns noch nicht vorgekommen ist. Sind wir denn in Nürnberg, wo die Polizei sich alles erlauben darf, oder in Preußen, das doch angeblich immer noch ein "Rechtsstaat" ist, in dem auch die Polizei sich nach den geistlichen Bestimmungen richten muß? Der Kriminalinspektor hat sich ja wohlweislich gehütet, den Genossen Gärtner zu vernehmen. Er unterhielt sich bloß mit ihm, und anstatt ein Protokoll aufzunehmen, hielt er seinem Besucher am Schluss der Unterredung die Zigarrenfritte hin. Aber das entschuldigt das Vorgetragen dieses Kriminalinspektors natürlich nicht im ge ringsten. Der Verlag der "Volksstimme" wird Beschwörer erheben über den Geschäftsanlegenheiten aus spionierenden und dabei Altenstücke mißbräuchlich anwendenden Polizeibeamten, wobei sich ja zeigen wird, ob hier in Magdeburg ein Hüter von Gesetz und Recht sich über dieses ungestraft hinweglegen darf.

Zugleich aber unterbreiten wir das Vorcommis auch der Öffentlichkeit, die ein Unrecht daraus hat, zu erfahren, was in Magdeburg ein Kriminalinspektor glaubt sich erlauben zu dürfen, wenn es sich darum handelt, die Sozialdemokratie zu bekämpfen. —

Deutscher Reichstag.

(128. Sitzung.)

Berlin, 26. Januar, 1 Uhr.

Am Bundesratstisch: Graf Posadowitz, Präsident.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gibt

Staatssekretär Graf Posadowitz die Erklärung ab, daß der österreichische Handelsvertrag am Mittwoch abend von den Volksabgeordneten beider Mächte unterzeichnet worden ist. (Brotzel) Der Bundesrat wird seine Beratungen so beschleunigen, daß die neuen Handelsverträge wohl am 1. Februar dem Haufe zugehen werden. Damit dürfte die Interpellation v. Normann verhängnis erstritten sein.

Die zweite Lesung der

Westerplatte

wird fortgesetzt.

Abg. Doebe (Kreis, Bzg.): Kollege Erzberger hat die deutsche Postverwaltung für die Seite der Welt; ohne ihr irgendeine zu nahe

treten zu wollen, muß ich doch sagen, daß ich andere Postverwaltungen als ebenso ausgeschaltete Verhältnisse mit etwas weniger durchsetzbarer Schwierigkeit aufweisen. — Es ist der Erhalt des allgemeinen Wahlrechts, daß es sozialpolitischen Weise unter den Parteien eingeht; aber die Sozialpolitik darf nicht aufhalten, wo das Wahlrecht aufhört. Der sozialpolitische Erhalt des Abg. Postes wird allerdings kein männlichen Bevölkerung auf (Herrlichkeit); er verzögert an den angeblich zu hohen Bevölkerung der weiblichen Postbeamten; das spricht mich um so mehr, als doch gerade die Antisemiten fortwährend auf die sittlichen Gefahren hinweisen, die den männlichen Angehörigen der Bevölkerung aus zu weniger Erfahrung erwachsen. (Sehr gut! Antif.) Im allgemeinen stimmen wir den Zentralversammlungen bei, aber in die Abschaffung der Geldbesteuerung am Sonntag können wir nicht willigen. Kollege Erzberger ist wohl der erste Mensch, der sich bewußt hat, daß der Wehrdienst zu ihm getreten ist. (Herrlichkeit.) — Die Stagen der Posten sind nur teilweise berechtigt; eine gewisse Relyma in Abrechnung scheint allerdings in polnischen Kreisen vorhanden zu sein; besonders machen sich die Posten das etwas kindlich vergnügen. Jancz Titulaturen auf das stinkt zu schreiben. Neugens Innenminister auch die Deutschen nicht gerade mit Titeln; es wäre ja auch ein Unglück, gar nicht auszuhalten, wenn einmal ein gewöhnlicher Bürgerlicher Geheimer Rat mit den simplen "Herr" auf der Briefadresse bezeichnet wird. (Große Herrlichkeit.) — Die 120 000 Mark verschämter Ostmarkenzusage können wir nicht bewilligen; sie werden mit der "Rotslage" einzelner Beamten begründet. Sie sind alle notleidende, die etwas haben wollen. (Sehr gut! b. d. Kreis.) Redner regt alsdann noch verschiedene technische Verbesserungen an und fordert die Ausdehnung des Städte- (auf den Verkehr zwischen Berlin und Groß-Lichterfelde. (Weiß, b. d. Kreis.)

M.: Lipinski (Soz.): Der Kollege Trimborn hat recht: der Antrag an Vorabenden vor den Feiertagen zu den Postschaltern ist für die Postbeamten sehr belästigend. Erboso für die Handlungshelfer. Früherer Schalterabschluß für den Paketverkehr, und zwar nicht bloß an den Sonnabenden ist daher sehr erwünscht. Wenn in Berlin der Postschalterabschluß um 7 Uhr sich durchführen läßt, warum nicht auch anderswo? Hier hat die Postverwaltung allen Antrag sich sozialpolitisch zu betätigen. (Weiß, b. d. Soz.)

Abg. Stöcker (Wildenau) wünscht Ausschüsse, in denen alle Kategorien der Postbeamten vertreten sind; Aufbesserung der Postdirektoren; der Landbriefträger, in deren Kreisen vielfach großer Not herrscht; energetische Durchführung der sozialpolitischen Erlasse des Staatssekretärs; Ausdehnung und Verallgemeinerung der Sonntagsruhe; eine höchensche Maximalarbeitszeit, die 60 Stunden nicht übersteigt, sowie Besserstellung der Telegraphenarbeiter, die bei einer Saisonarbeit nur 2.50 Mark täglich beziehen. (Weiß, rechts u. i. d. Kreis.)

Abg. Wallau (natl.) polemisiert gegen den polnischen Redner und tritt für Ausdehnung und Verbesserung des telefonischen Verkehrs auf dem platten Lande ein.

Unterstaatssekretär Schröder erklärt, daß die Postverwaltung vorläufig nur in denjenigen Gemeinden einen Telephondienst einrichten könne, die eine jährliche Brutto-Einnahme von 10 Prozent des Anlagekapitals garantieren.

Abg. Hugo Konstanze (Bzr.) auf der Tribüne fast unverständlich bringt Wünsche der badischen Postbeamten vor.

Abg. v. Gerlach (Kreis, Bzg.) protestiert gegen die Angriffe, die Böller am vorigen Tage gegen die Telefonistinnen richtete, und regt Verwendung der Frauen auch im Schalterdienst an. — Die Telefonistinnen in Dresden sind durch neue erweiterte, die außerordentlich schlecht funktionieren. — Daß die Statistik der Lederküche in der Postverwaltung so verhältnismäßig günstige Resultate aufweist, liegt daran, daß die Post am erwähnten Leute einstellt, also bei ihr die Ziffern der Kindersterilität in Begfall kommen, die in der allgemeinen Statistik die Gesamtzahl der Sterbzauber liegen. — Die Klagen der Frauen haben sich gegenüber den Vorhaben sehr vermindernd; das liegt an der endlichen Anzahl der großen Verbandes der Assistenten. Es fehlt aber leider an einer entsprechenden Organisation der Unterbeamten, dann hätte der Reichstag keine Vergleichung, sich mit jedem kleinen Beichtworte dieser Kategorie befassen; isoliert aber eine solche Organisation fehlt, aus die Volksvertretung selbst einbringen. — Redner führt dagegen darüber, daß die neuen Assistentenstellen erst am 1. Juni, hat am 1. April geschaffen werden, bitten, den Landbriefträgern in Schleswig-Holstein die Zelle durch die langgestreckten Distrikte in Anrechnung zu bringen und ersucht, überhaupt das völlig unzureichende Gehalt der Landbriefträger zu erhöhen. Der Hinweis auf die Kaufmännischen Zeitungen, wie ihn der Staatssekretär in der vorjährigen Debatte brachte, ist ungut; diese haben das Koalitionsrecht und — es die Waffe des Streits, um ihre Verhältnisse zu verbessern; den Postbeamten fehlt jedoch. Mit den "gehobenen Stellen" ist viel Mißbrauch

verbunden, es ist aber schwer, den nächsten Vorwurf zu ziehen, weil wenn Namen genannt werden, die Postverwaltung auf der Regierung aufzugeben. — Die Wunsche, die der Abg. Leibnitz in Bezug auf die Verkürzung der Arbeitszeit vorbrachte, war in so bescheiden, daß der Staatssekretär sich beeilen sollte, ihnen so schnell wie möglich nachzustimmen — Überholt sind die fortwährenden Ergriffe, die sich die Postbeamten in die bürgerlichen Rechte, insbesondere in das Postionsrecht der Beamten, gestattet. Weißlich ist, vorwiegend in den mittleren Anstalten, der Buntz vorhanden, den postdiener militärisch zu organisieren. Demgegenüber darf der Reichstag nicht aussöhnen, darauf hinzuweisen, daß die Postverwaltung ihre Beamten als vollberechtigte Staatsbürger behandelt. (Weiß, links)

Abg. Raab (Antif.) hat mit den Telefonistinnen ähnliche Erfahrungen gemacht, nämlich Schreitappeln für die Landbriefträger, damit sie sich kein rotes Tuch um die Ohren zu binden brauchen (Heiterkeit) und Vermehrung der Postbeamter in Hamburg. (Weiß, b. d. Antif.)

Staatssekretär Krätschke bestreitet, daß Hamburg benachteiligt sei; die Handelskammer hat sich bisher nicht beschwert.

Abg. Dr. Kazabowski sagt über die Praxis der Nebenberufsstellen. Briefe an mich, der ich der einzige meines Namens bin, sind an die Nebenberufsstelle gegangen, sobald sie den Titel "Post" in polnischer Sprache enthielten. Die Verabredungen haben ihren Hauptzweck darin, daß der größte Teil der Postbeamten in den polnischen Provinzen nicht Polnisch versteht.

Abg. Raab (Antif.) hat mit den Telefonistinnen ähnliche Erfahrungen gemacht, nämlich Schreitappeln für die Landbriefträger, damit sie sich kein rotes Tuch um die Ohren zu binden brauchen (Heiterkeit) und Vermehrung der Postbeamter in Hamburg. (Weiß, b. d. Antif.)

Staatssekretär Krätschke bestreitet, daß Hamburg benachteiligt sei; die Handelskammer hat sich bisher nicht beschwert.

Abg. Dr. Kazabowski sagt über die Praxis der Nebenberufsstellen. Briefe an mich, der ich der einzige meines Namens bin, sind an die Nebenberufsstelle gegangen, sobald sie den Titel "Post" in polnischer Sprache enthielten. Die Verabredungen haben ihren Hauptzweck darin, daß der größte Teil der Postbeamten in den polnischen Provinzen nicht Polnisch versteht.

Abg. Kunert (Soz.) gegen die Erhöhung des Gehalts des Oberpostdirektors in Shanghai von 18 000 auf 15 000 Mark. Auf einer Postagentur der Oberpostdirektion Kassel ist ein Brief widerrechtlich geschnitten worden, ohne daß die Oberpostdirektion Strafantrag gestellt hat. — Redner bittet um möglichst Einschränkung der Erhebung des Strafportos und um Bekämpfung des Prindelerwerbs zu Neujahr.

Staatssekretär Krätschke erklärt, daß der betr. Beamte von der Oberpostdirektion Kassel sofort entlassen und die Sache der Staatsanwaltschaft übergeben sei.

Abg. Eichhoff ruft, daß ein Assistent im Bezirk Oppeln, der verehntlich den Geldschrank offen gelassen hätte, außer der Geldstrafe von 10 Mark so in der Anstellung zurückgesetzt sei, daß er 2000 Mark Schaden gehabt habe.

Staatssekretär Krätschke gibt zu, daß die Bestrafung in diesem Falle zu hart war; man werde sehen, wie sich jetzt noch ein Ausgleich finden lasse.

Abg. Kunert (Soz.): Der Herr Staatssekretär hat zugegeben, daß das Briefgeheimnis in dem erwähnten Falle verletzt wurde. Das ist eine sehr ernste Sache. Solche Fälle sind auch früher häufig vorgekommen.

Staatssekretär Krätschke: Ich weiß nicht, was der Herr Redner will. Die Postbehörde hat doch den Beamten sofort entlassen. Mir kann man also wohl kaum einen Vorwurf machen. Der Titel wird bestätigt.

Beim Titel „Unterbeamte im Landbestelldienst“ fordert

Abg. Zubel (Soz.) Erhöhung des Gehalts der Landbriefträger nach 17jähriger Dienstzeit von 1000 Mark auf 1200 Mark mit Rücksicht auf den besonders schweren Dienst dieser Beamten.

Die Beratung des Titels wird abgesetzt bis zur Beratung des heutigen Beschlusses der Budget-Kommission auf Festsetzung des Mindestgehalts der Unterbeamten auf 1000 bis 1600 Mark.

Nach weiterer unerlässlicher Debatte wird der Rest des Post-Stats, soweit er nicht der Budget-Kommission überwiesen ist, bestätigt.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Nächste Sitzung: Montag 1 Uhr. (Nachtrag-Stats für die Schutzeide und Etat über die Herero-Expedition.)

Sitzung der Stadtverordneten.

Magdeburg, den 26. Januar 1905.

Bei der Eröffnung ist der Saal nur sehr mäßig besetzt. Nachdem der Vorsitzende zwei Dankesreden von geringer Bedeutung verlesen hat, wird in die Tagesordnung eingetreten.

auf dem Dach oder spielt Ball mit dem Bruder; so schwer ist die Lage Seiner Majestät."

Plehwe war es leicht, einen solchen Herrscher, der auf dem Dache rennt, ganz seinem Einfluß zu unterwerfen. Plehwe schüchterte ihn vollständig ein und wurde zum unbeschränkten Diktator im Lande. Der Zar gab allen verbrecherischen Taten dieses blutigen Diktators seine Sanction, von Kischinow bis zum Krieg mit Japan. Der Diktator nährte alle Instinkte und kindlichen Triebe des Zaren, vertröstete ihn in ein Reich von Lügen und hielt seine Opfer erbarmungslos in seinen Händen. Jämer mächtiger wurde die Kamarilla rings um den Zaren, deren Führer und Leiter Plehwe geworden ist, während Wille mit Recht lagern mußte, daß er nach zehn Jahren Ministerdienst wie ein Lakai verjagt wurde. Und publizistische und geistige Mägde der Zaren wurden allerhand dumme und sonderbare Gefälschte. Der perverse und wahnsinnige Fürst Meiditschew wurde das geistige Oberhaupt am Hof und verfaßte Manuskripte und Reklame; der fanatische Pope Johann Kronstadt ging im Zarenpalast ein und aus und jubelte über Worte flössen aus seinem Munde. Ein Betteverländer Demitschinski schrieb byzantinisch-slavophile Rapporte an den Zaren, die eine neue volkstümliche Ära einleiten sollten; ein Maniac namens Slovor, der jahrelang von einer Reform der Mühlendustrie schwackte, erhielt durch die Vermittlung eines Großfürsten eine Audienz beim Zaren und reiste alsdann im Lande herum, um die "ganze Wahrheit" zu erforschen und dem Zaren zu berichten. Die Großfürstin Nikolajewna bestellte den Sibiristen und Okulisten in Pflüsch aus Frankreich nach Petersburg und vermachte ihm beim Eingang, wo er Geister beschwore und über die Sklavengeschäfte ein spiritistisches Gutachten abgab.

Nach der Ermordung Plehwes, die bald auf die Generalgouvernements von Finnland folgte, wurde die Zarenfamilie von einer unsagbaren Angst ergriffen. Der Zar und die Kamarilla wagten es nicht, Plehwe's Schrecken herzhaft fortzuführen und ein "konstitutioneller" Minister wurde berufen. In der Kaiserin-Mutter, die in erster Reihe um das Leben ihres Sohnes besorgt ist, hat Swiatopolk-Mirski am Hofe seine Stütze gefunden, während der vor der Revolution zitternde Zar fortwährend zwischen dem liberalen Minister, dem idiosyncratischen und prinzipiell losen Witte und den Erben Plehwe schwankt. In den letzten Manifesten des Zaren kommen alle drei Tendenzen zur Geltung, was die Unbeholfenheit und Verwirrung des Zarismus mit der größten Deutlichkeit zutage treten läßt. Und der Zar ist in erstaunlich eingeschüchtert, willenslos, allen Einflüssen zugänglich, während in seinem Geist nur noch die eine französische Idee des Gottesgnadentums Platz gefunden hat. —

In dem gestern veröffentlichten 1. Artikel ist folgendes richtig: „Zu der 6. Zeile der 1. Spalte muß es statt „unverhüllt“ heißen „unverhüllt“ und in der 3. Zeile der 3. Spalte statt „1904“ „1894“. —

Nikolaus 2.

II

Die mag die Opernvorstellung in Russland wußt, deito mehr eine andere der Werterhöhung des Zaren zu einem beispielhaften, willenslosen Tyrannen handelte der Kammerz. der mit einer Verordnung empfänglich ist, für die Unzufriedenheit eines von den herrschenden Elternwalt. Seine fehlenden Rechte und Verantwortungen reagieren den Tempel der Starthilfe, der elenden Kasse an sich. Umgeben von einer Kommerz von Abenteuerern, lebt er nur zum Schaden der, der ihm nicht Kurz und Lang entspringen kann, während andererseits auch allerdurch kindliche Geschichten über die von Herrscherungen so doch eine schändliche Karriere hat rings um ihn geführt hat.

Im Jahre 1899 batte der geweihte Generalgouverneur von Schlesien eine Allianz beim Zaren. Er wollte ihm plausibel machen, daß die öffentlichen Volksschulen nicht den geistlichen Fleiß der Kinder werten sollten. Der Zar hörte zu und brachte möglichst zu Taten aus. „Was soll ich denn tun?“ sagte er freudig. „Sie sagten mir, daß es nicht nur um Konkurrenz bestand (z. B. Bojdzowice), sagten mir, daß es wohl um ... habe doch mit mir Freude.“

Ein Senator, der Gelegenheit hatte, den Zaren genügend kennen zu lernen, identifizierte ihn mit folgenden Worten: „Er ist ein großer, unvorsichtiger, interessiert sich für nichts, ist ein Idiot, hat keinen Begriff davon, was in der Welt oder aus mir in Russland vorgeht. Er lebt das Familielleben. Die Kinder. Sie mögen jetzt er sich zusammen mit der Familie vom See oder Seefer. Werden er mit der Zarin Karte spielen und wenn sie wieder einen Kind mit einem Kind, ja bitten ihn

9000 Mark werden für den Bau eines Kontrollkanals in der Hauptsiedlung benötigt. Die nachträglich geforderte Bewilligung von 331522 Mark für die Verstärkung des Bürgermeister vor dem Tierschutzbüro Neubau Pfälzerstraße erhält ebenfalls die Zustimmung der Versammlung.

Eine Debatte über das Fleischbeschneidungsgesetz.

Die in letzter Sitzung uneigentlich gebildeten Haushaltungspläne des Schlachthofs, des Viehhofs, der Untersuchung des im Schlachthof zu Magdeburg aufzuhaltenden und geschlachteten Viehs (Fleischbeschau), der Fleischbeschau ist das von außerhalb eingeführte Fleisch werden genehmigt.

Zu dem Handelsplan des Schlachthofs erhält das Wort

Stadt. Landsberg: Ich bin der Meinung, daß wir Gelegenheit nehmen müssen, das Publikum auf das am 1. Oktober v. J. in Kraft getretene Fleischbeschneidungsgesetz aufmerksam zu machen. Das Gesetz bedeutet für das Publikum eine Gefahr, da nach dem Aufstreiten derselben das einmal untersuchte Fleisch einer zweiten Untersuchung nicht unterworfen wird. Wenn das von aussichtsweise eingeführte Fleisch einmal von dem Tierarzt untersucht worden ist, bedarf es jetzt seiner zweiten Untersuchung. Während der Zeit vom 1. April bis 31. Dezember 1903 wurden von 184 Rindervierteln 21 als ungenießbar bezeichnet. Das könnte geschehen, als alles Fleisch, ganz gleich ob es schon einmal untersucht war oder nicht, auf dem Schlachthof untersucht werden mußte. Das könnte derzeit geschehen. Wie viel gefährlicher liegt es da nicht jetzt? Darauf muß die Daseinsnotwendigkeit auf das nachdrücklichste aufmerksam gemacht werden.

Die Herren Daubert und Koebel sprechen in Zustimmung der Weise. Ersterer regt an, das eingeführte Fleisch mit einer dem Publikum erkennbaren Bezeichnung: "Eingeschöpftes Fleisch" zu belegen.

Bürgermeister Fischer: Das Interesse der großen Städte ist bei der Annahme des Gesetzes im Abgeordnetenhaus zugunsten der ländlichen Bevölkerung verloren gegangen. Die Gefahr, die das Gesetz in sich birgt, liegt meines Erachtens aber mehr darin, daß der Wurstmacher zweifelhaftes Fleisch aufzukaufen wird, als darin, daß der einzelne Mann Schaden haben wird. Wir müssen uns aber dem Gesetz fügen. Wenn Herr Rechtsanwalt Landsberg uns einen akzeptablen Vorschlag machen könnte, den wir uns Gefahren des Gesetzes begegnen lassen könnte, würden wir ihm aufrichtig dankbar sein.

Stadt. Landsberg: Wie der Gelehrtenkunst im Abgeordnetenhaus zur Beratung stand, ist dem Hause eine Petition der Städte überreicht worden, in der auf die Gefahren für die Städte hingewiesen wurde. Zu meinem Bedauern hat aber unter den Unterschriften dieselbe eins uns sehr nahestehenden Oberbürgermeisters geschickt. Vorschläge, den Schäden des Gesetzes zu begegnen, lassen sich schwer machen. Der radikalste wäre, es abzuschaffen. Die Daseinsnotwendigkeit muß wiederholts darauf ausmerksam gemacht werden.

Der Vorsitzende und Bürgermeister Fischer erklären, daß Oberbürgermeister Schneider ein entschiedener Gegner des Gesetzes sei und im Herrenhaus dagegen Stellung genommen habe.

Stadt. Reichert teilt mit, daß gleich nach Inkrafttreten des Gesetzes behördlicherseits auf die Gefahren hingewiesen worden sei. – In den Bauunternehmungen ist besonst in letzter Sitzung die Vorlage betr. Errichtung der Vauerlaubnis an den Bauunternehmer Karl Pfeffer zur Errichtung eines Wohngebäudes an der nordöstlichen Ecke der Oldenstedter- und Schillerstraße wieder zurückgeworfen worden, weil der dazu gestellte Auftrag in seinem letzten, sehr umschriebenen Absatz eine Beschränkung der Bautätigkeit verlangte. Heute teilte der Redakteur der Kommission mit, daß sich der Ausdruck nunmehr vom Magistratsvorschlag angeschlossen habe. Er erachtet die Stadtverordneten-Versammlung, ebenfalls diesem Vorschlag beizutreten. Das geschieht ohne Debatte.

Zur Verhandlung gelangt dann der Bebauungsplan für das Grundstück der Chemischen Fabrik Buckau an der Schönbergerstraße. Es wird dazu die Genehmigung der Bebauung des Grundstücks gefordert und ferher die Bewilligung von 130000 Mark zur Neuanalysierung der Schönbergerstraße von der Kirche bis zur Salzstraße. Nach kurzer Begründung durch den Stadt. Angenommen wird ohne Diskussion der Vorlage die Genehmigung erteilt.

Grenzregulierungen.

Den Bericht des Ausschusses über die Vorlage, betreffend Neuabgrenzung des Stadtbezirks Buckau gegen die Stadtbezirke Süderburg und Altstadt erläutert Stadt. Junck. Die Kirchengemeinde in Süderburg hat einen langen Protest gegen die geplante Abgrenzung eingereicht. Der Referent hält dem entgegen, daß auf die Abgrenzung der Kirchengemeinde die Stadtverwaltung gar keinen Einfluß habe. Die Abgrenzung der Kirchengemeinde ist auch ganz unabhängig von der städtischen Abgrenzung. Der Berichterstatter empfiehlt die Vorlage des Magistrats zur Annahme.

Stadt. Jungnade spricht gegen die Magistratsvorlage. Einer geringen Anzahl Einwohner zu lieben sollte man nicht die Grenzänderung vornehmen.

Stadt. Haupt: Mit der Magistratsvorlage werden nicht nur bestehende Missstände nicht behoben, sondern neue hinzutreten. Wenn es sich lohnt mir Steuer-, Staates- und Kirchensachen handelt, bedauere ich die Zeit, die wir hier damit zubringen. Die kirchlichen Angelegenheiten bleiden unberührt. Die meisten Einwohner meinen ja immer noch, ohne die Kirche nicht auskommen zu können. Bei Annahme der Vorlage würde bei vielen Einwohnern der Fall eintreten, daß sie bei Seurten, Einschließungen, Todessällen die Standesamtlichen Melbungen in Buckau und Leuna in Süderburg machen müssen. Die Sache sieht aus wie eine ganz einfache Verwaltungsmäßigkeit. Aber wird die Grenze verlegt, bedeutet das für die Mitglieder vieler Krankenassen einen Schaden. Auch die gemeindapolitischen Rechte der Einwohner werden dadurch verletzt. Ich hoffe, daß Sie die Vorlage ablehnen, oder aber heben Sie die Sonderverträge überhaupt auf.

Juristisch Stern: Eine so große Bedeutung hat die Vorlage denn doch nicht. Über die Sachlage scheint mir noch nicht genügend gellärt zu sein. Nach dem Ortsstatut darf nur dann eine Grenzregulierung vorgenommen werden wenn eine Abmündung nötig ist. Das ist aber hier nicht der Fall.

Bürgermeister Fischer: Die Verhältnisse haben sich jetzt vollständig geändert gegen früher. Ich verstehe eine Abmündung dahin, daß im Interesse der Verwaltung Teile der einen Gemeinde zur anderen überwiesen werden können. Ich hoffe denn auch, daß gegen die Magistratsvorlage kein erheblicher Widerstand erfolgt. Herr Haupt hat in sehr geschickter Weise alles hervorgeholt, was gegen die Vorlage spricht. Aber es kommen doch bei den Krankenassen lediglich Betriebsklassen in Betracht. Die Mitglieder in den Ortsklassen ziehen doch immer hin und her. Die größte Sorge bei den Herren Sozialdemokraten scheint nur zu sein, daß ihnen die dritte Klasse in Buckau verloren gehen könnte. Ich versichere Ihnen, daß die Ihnen erhalten bleiben wird.

Stadt. Kölsche spricht für Ablehnung der Vorlage.

Stadt. Klinghardt: Es liegt im wesentlichen Interesse der Stadt und ihrer Verwaltung, daß die Vorlage angenommen wird.

In recht ausführlichen Darlegungen lehrt der Magistratsvertreter die Einwände zu widerlegen, die der Magistratsvorlage entgegengestellt werden sind.

Stadt. Haupt: Von einer Klarheit kann noch gar keine Rede sein. Wenn heute die Vorlage angenommen wird, wird der hindrende Bote nachkommen. Die Konsequenzen der Vorlage sind zu weitgehend. Wir müssen nicht etwa, daß dieser partikularistische Zustand erhalten bleibt. Aber durch die Magistratsvorlage, die nur Städte ist, werden die Zustände nur noch schlimmer. Das kann nur anders werden, wenn alle Grenzen aufgehoben werden und alle Einwohner einander gleich sind. Die Mitgliedschaft in den Krankenassen richtet sich nicht nach der Wohnung der Mitglieder, sondern danach, wo sich der Betrieb befindet, in dem sie arbeiten. Wir haben keine Furcht, unter Mandatsträger zu verlieren, eher glaube ich, daß die Herren Mandatsträger der zweiten Klasse ein wenig von solcher Furcht bestehen.

Nachdem ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen worden ist und der Berichterstatter das Schlußwort gehabt hat, wird von unseren Genossen namentliche Abstimmung beantragt und von der Versammlung beschlossen. Anwesend sind 53 Stadtverordnete. Mit Ja

wurden 19 Stimmen, mit Nein 35. Damit ist der Magistratsvorlage abgelehnt.

Zu den Kosten des Antrages sind neuen Anhängen beigegeben entlang des Werthe der Berlin-Weser-Dampfschiffahrt fördert der Magistrat eine Summe von 10000 Mark. Diese Vorlage wird der vorgerichteten Zeit wegen verlegt.

Zu der Vorlage betr. Abdankung der Feuerwehr anlagen nach und nach durch die ganze Stadt benutzt wird. Der Branddirektor Trebsch an zwei einander gegenüberliegenden Gebäuden das alte und das neue Feuerwehrhaus. Gegen die Vorlage wird von der Versammlung kein Widerspruch erhoben, die gleichen nicht gegen die Bewilligung von 29000 Mark für die Herstellung einer neuen Feuerwehranlage im Stadtteil Buckau.

Zur Ausstattung mit Beleuchtung der Feuerwehr anlagen zum 1. Juli 1905 wird die Beschaffung zweier Pferde nebst Geschirren zum 1. April 1905; ferner die Bewilligung von 55754,15 Pf. ehemaliger Ausgaben und die Einstellung der laufenden Ausgaben von 20588 Mark in den ordentlichen Teil des Kammerhaushaltplans verlangt. Die Feuerwehr wird der Versammlung soll zum 1. Juli 1905 aufzugeben werden. Widerstand gegen die Vorlage erfolgt nicht, die damit genehmigt ist.

Zur Begebung eines Wasserröhres vom Ende der Stadtstraße bis zur Wothornstraße wünscht der Magistrat die Bewilligung einer Summe von 27800 Mark. Juristisch Stern fragt bei der Gelegenheit an, ob es möglich sei, die Eisbahn auf der Tauben Elbe mittels Hydranten zu bewahren, um dadurch die durch die Benutzung der Eisbahn entstandenen Unannehmlichkeiten zu beseitigen. Stadtrat Reimann erklärt, daß dem Wunsche Rechnung getragen werden kann. Widerstand gegen die Vorlage wird ange nommen.

Der nächste Punkt der Tagesordnung ist: Die Neuerierung des Magistrats zu dem Gesuch des Vorstandes des Kaufmännischen Vereins für weibliche Angestellte zu Magdeburg um Herbeiführung des Fortbildungsschulwanges für weibliche Kaufmännische Verhältnisse und Angestellte unter 18 Jahren. Juristisch Stern erklärt, daß er beabsichtige, die Eröffnung einer Debatte über die prinziale Seite der Frage zu beantragen. Deswegen wird befohlen, Verzettelung einzutragen zu lassen und soll die Vorlage in der nächsten Sitzung an einer der ersten Stellen zur Beratung kommen.

Zu einem Gefuch der verwitweten Frau Polizeisekretär a. D. Wilhelmine Pahl geb. Schneider hier um Einrichtung eines Urnenhauses auf einem der hiesigen Friedhöfe liegt folgender Antrag vor: Die Stadtverordneten-Versammlung wolle sich dem nachstehenden Beschluss des Friedhofsausschusses anschließen: Der Friedhofsausschuß lehnt den Antrag der Frau Pahl ab, und soll es derselben anhängigstellen werden, gegen Zahlung der üblichen Gebühren die Urne in einem Reihegrabe beizubehalten.

Der Antrag erhält die Zustimmung der Versammlung, desgleichen ein Antrag von Sanitätsrat Fischer, dem Magistrat zur Erwagung anheimzugeben, Urnen über und unter der Erde aufzustellen zu dürfen.

Der letzte Punkt der Tagesordnung wird vertagt und um 8 Uhr die Sitzung geschlossen. —

Provinz und Umgegend.

Ein Plaster für Blaue.

Von der nationalliberalen Reichstagsfraktion ist Herrn Blaue nachstehendes Telegramm zugeschickt:

"Unsre Fraktion hatte sich auf Ihren Wiedereintritt gefreut, bedauert daher den ungünstigen Ausfall der Wahl von Herzen und bleibt Ihnen für die aufopfernde Wahlarbeit dankbar." Sattler.

Wenn in der nationalliberalen Reichstagsfraktion noch so etwas wie politisches Reinlichkeitsempfinden rege wäre, würde sie sich freuen, daß der vielseitige Herr aus Alen durchgeplumpst ist. Aber ihr genügt ja schon lange der reaktionärste Politiker, wenn er nur dem Namen nach nationalliberal ist.

Die Parteigenossen des Herrn Blaue im Wahlkreis werden sich wundern über die "aufopfernde Wahlarbeit", die Herr Sattler auf einmal entdeckt hat. Sie fragten nämlich alle darüber, daß Blaue die Kandidatur nur unter der Bedingung annahm, daß andere für ihn arbeiten. Tatsächlich hat er auch nicht eine Wahlrede gehalten, in vier Versammlungen hat er aber als Diskussionsredner gesprochen. Außerdem hat Blaue aus Gründen der Wahlagitierung vorsätzlich den Bau der Seifenfabrik in Alen hintertrieben.

Das ist die "aufopfernde Wahlarbeit", für die man schon ein Danktelegramm erhält, wenn man als nationalliberaler Reichstagskandidat durchfällt und zugleich 5000 Stimmen verliert. Was wäre denn da erst geworden, wenn Blaue gesiegt hätte? —

Diesdorff, 27. Januar. (Sozialdemokratischer Verein) Sonnabend den 28. Januar, abends 8 Uhr, findet die Mitglieder-Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins, Bezirk Diesdorff, im Hildebrandischen Lokale statt. Der wichtigste Tagesordnungspunkt ist es Pflicht aller Parteigenossen, in der Versammlung zu erscheinen. —

Gommern, 26. Januar. (Ein Sieb in Blaue.) Zu Nr. 20 der "Volksstimme" nahmen wir unter dieser Stichmarke Bezug auf eine Briefstafette der Zeitung für Gommern, in welcher von einer Rauferei die Rede war. Dazu wird uns aus Gommern geschrieben:

Erst durch die "Volksstimme" werden wir auf eine Briefstafette der "Zeitung für Gommern" aufmerksam gemacht. Darin wird auf eine Rauferei hingewiesen, die im Vollmannischen Lokale stattgefunden hat und dazu bemerkt: Wir lehnen es ab, darüber zu berichten, obwohl die Sozialdemokraten derartige Ereignisse, wenn sich diese in bürgerlichen Kreisen abspielen, für ihre Zwecke auszuschärfen suchen. Zum Schluß kommt dann noch die alberne Bemerkung: die Herren Genossen richten sich durch das Artikele vorwürfen ja selbst.

Tatsache an der ganzen Geschichte ist allerdings, daß sich zwei Personen, zufällig Sozialdemokraten, um ganz persönliche Dinge gestritten haben. Im Verlauf der Streiterei wurde einer von dem andern zu Boden geworfen. Das wird auch ganz entschieden von uns verurteilt. Organisierte Arbeiter sollten ihre Streitigkeiten in anderer Weise ausstragen. Aber damit der Sozialdemokrat eins auszuwischen zu wollen, ist doch lächerlich, denn derartige Fälle passieren in den bürgerlichen Kreisen ja täglich. Doch niemals ist es uns eingefallen, die eine oder andre Partei dafür verantwortlich zu machen. Wenn einmal darüber berichtet wurde, dann ist höchstens der einfache Tatbestand mitgeteilt worden. Und dann erst: die Herren Genossen richten sich dadurch selbst! Wenn das wahr ist, dann wäre der verantwortliche Redakteur, Herr Eugen Neemann, längst gerichtet; denn noch gar nicht lange ist es her, daß er selbst an einer Rauferei beteiligt war, wobei ihm ein paar der Ohrfeigen verabreicht wurden. Hinterher mußte er noch obendrein Schmerzensgeld bezahlen in Form einer Strafe, die ihm vom Schöffengericht auferlegt und vom Landgericht bestätigt wurde.

Neben die Angelegenheit haben wir seinerzeit nicht berichtet, noch viel weniger die Partei des Herrn Neemann dafür verantwortlich gemacht. Wir erwähnen das auch heute nur, um wieder einmal die "Moral" der bürgerlichen Zeitung ins rechte Licht zu rücken. Also in Zukunft recht vorsichtig, Herr Redakteur! Wer im Glashaus

im Glashaus! —

Salzwedel, 27. Januar. (Gesetzgebung und Verwaltung) Im Gesetzgebungsgebäude führt am Eingang eine Bildverhinderung statt. Bei Öffnung gelangt v. a. der Kammergerichtssaal.

— Ein neuer Saal im Westen ausgebrochen, und zwar in den großen Saal bei Müller-Gasthof. Bis auf fünf Mann liegen tägliche Schadensstellen die Arbeit unter, weil zwei organisierte Kollegen anwesend waren. Man kann hier in der Lage einen ausführlichen Bericht bringen zu können. —

Witten, 27. Januar. (Wundbrandwunden erlegen) Ein Wundschuß mit tödlichem Ausgang erlanguete sich auf der Kohlengrube "Marie" im benachbarten Broichhütte zwei Bergarbeiter wollten Broich an einem Bergschacht holen, als dieses durch eine herabfallende Bombe in Brand geriet wurde. Durch die sofort eingesetzenden Männer wurde der Bergmann Marie so schwer verletzt, daß er nach kurzer Zeit verstorb. —

Neuhaldensleben, 27. Januar. (Todesfahrt) Eine Frau

in der Alteuerstraße stürzte so unglücklich von der Treppe, daß sie an den Folgen des Sturzes starb. —

Schiffbau (Kreis Torgau). 27. Januar. (Aus der Liebe des Lebens) In einer erbauungswürdigen Verfassung wurde ein hier in Arbeit gewesener Schmied im benachbarten Wilschütz aufgefunden. Dem Bediensteten Martin vor, er wolle für ihn reisen und ließ sich von ihm am 2. August 1904 50 Stück Musterpakte und Prospekte zur zukünftigen Verteilung an Kunden sowie 3 Mark Speise; am 4. August 50 Stück Verkaufsmuster und 6 Plakate aushändigen. Kreischer verlor sofort sämtliche Muster für sich und verbrachte den Erlös. Die Kammer erlaubte wegen Rückstellbetriebs auf 1 Jahr Buchthaus, 150 Mark Geldstrafe ev. weitere 10 Tage Buchthaus und 1 Jahr Fahrverlust. —

Eine "Muster"-Reise nach Berlin. Der vielmals vorbestrafe

Agent Paul Kreischer hier am 1. August 1904 schwindelte dem Postallgemeinen Dienstleiter Martin vor, er wolle für ihn reisen und ließ sich von ihm am 2. August 1904 50 Stück Musterpakte und Prospekte zur zukünftigen Verteilung an Kunden sowie 3 Mark Speise; am 4. August 50 Stück Verkaufsmuster und 6 Plakate aushändigen. Kreischer verlor sofort sämtliche Muster für sich und verbrachte den Erlös. Die Kammer erlaubte wegen Rückstellbetriebs auf 1 Jahr Buchthaus, 150 Mark Geldstrafe ev. weitere 10 Tage Buchthaus und 1 Jahr Fahrverlust. — Ein Messerheld. Der Zimmermann Hermann Günther zu Calbe a. S., geboren 1880, mache sich am 8. August 1904 abends im Lokale des Schankwirts Käfer des Hausfriedensbruchs schuldig und wurde gewaltsam entfernt. Draußen schlug Günther auf den Arbeiter Gustavius, mit dem er vorher Streit gehabt hatte, los und brachte ihm mit einem Messer dr. Wunden bei, demzufolge er 14 Tage lang arbeitsunfähig war. Der Angeklagte wurde wegen Hausfriedensbruchs und gefährlicher Körperverletzung zu 10 Monaten Gefängnis verurteilt. —

Ein Leichtsiniger. Der vorbestrafte Arbeiter Wilhelm Voeste aus Teplice, geboren 1868, war Verbrecher zu dem Amtsgericht zu Babelsberg und erhielt von ihm am 12. November v. J. zur Absetzung an die Kreisstraße in Genthin 425 Mark Gemeindesteuergelder übergeben. Voeste verhandelte damit nach Stettin und Berlin und vertrat das Geld in einigen Tagen mit Kellnerinnen. Ihm traten wegen Unterschlagung 1 Jahr 6 Monate Gefängnis, wegen Verlassen des Dienstes ohne gesetzlichen Grund 3 Tage Haft. —

Kleine Chronik.

Graf Bücker verurteilt.

Auf den Orden pour le mérite glaubt Graf Bücker (Klein-Schirme) berechtigte Ansprüche erheben zu dürfen. Er veröffentlichte ein "Witt" des Urteils, durch das er zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt worden ist, und sagt darin unter anderm: Nicht eine Erfolglosigkeit, sondern von sechs Monaten, sondern eine hohe Erfolglosigkeit verurteilt. Den Orden pour le mérite hätte ich schon lange erhalten müssen, mit Ehrenwerten und Schwertern, als Belohnung für meine Mühe und für meine Opferwilligkeit. —

Acht Jahre Buchthaus.

Die Breslauer Strafammer hat die Hypothekenschwindsünder Anna Marcks, die jahrelang zahlreiche Personen um aufzehrliche Verträge, im ganzen über 138000 Mark, beschwindelt hat, zu 8 Jahren Buchthaus und 10 Jahren Fahrverlust, den Chemnitzer Gottfried Marcks wegen Beihilfe zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt. —

Gisenbachung für Vergleiche getötet.

Von dem Wiener Schreinberg sind zwischen Sudomeric und Choiovein infolge Schienenschrägen die letzten vier Personenzüge entgleist. Ein Reisender wurde schwer, zehn Reisende wurden leicht verletzt. Unter den Reisenden befand sich ein Pariserin Richter aus Dresden. —

Dünzehn Vergleiche getötet.

Über eine Katastrophen in einem Schieferberg wird aus Anger (Dep. Meine et Loire) gemeldet: In den eindrücklichen "Z. Z." berichtet, daß am Mittwoch abend während der Aufzehr

zu der die Bergarbeiter gingen folgende Beiträge ein: Weit
Dresden, Gubenburg 180,00. — Wurzen durch G. Schneider 25,00; —
do. durch Otto Müller 50,00. — Wurz 123, Weite Mühle 1' 5,00 —
Überschuss von der Handwerks-Rathskasse 4,50. — Bergarbeiter aus
der Orlaschule p. G. H. 1,00. — do. St. Neustadt 1,50. — Weit
leichter 0,50. — Bergarbeiterbeiträge 100,00.

Gern Mieterv.

Wasserstände.

	+ debinet über — unter und			
	Fluss, Eger und Moldau.	Rohr	Wasser	
Zittau	24. Jan. — 0,02	25. Jan. — 0,09	0,01	—
Wittenberg	— 0,06	— 0,02	—	0,04
Budapest	— 0,08	— 0,08	—	—
Prag	— 0,50	— 0,81	0,05	—
	(Weiter)			
Werdohl	24. Jan. + 0,19	25. Jan. + 0,18	0,01	—
Braunfelde	— 0,11	— 0,12	—	0,01
Wittenberg	— 0,58	— 0,83	0,05	—
Wittenberg	— 0,85	— 0,82	0,03	—
Wittenberg	25. — 1,23	26. — 1,30	—	0,07
Dresden	— 1,93	— 1,74	—	0,19
Torgau	— 0,03	— 0,04	0,01	—
Wittenberg	— 0,95	— 0,88	0,09	—
Wittenberg	— 0,44	— 0,40	0,04	—
Wittenberg	— 0,78	— 0,72	0,08	—
Schnedt	— 0,55	— 0,49	0,08	—
Magdeburg	26. + 0,63	27. + 0,63	—	—
Langensalza	25. + 1,25	26. + 1,25	—	0,06
Wittenberg	— 2,02	— 2,08	—	0,07
Wittenberg	— 1,36	— 1,43	—	—
Groda-Domitz	— 1,64	— 1,67	—	0,03
	Unstrut und Saale.			
Straußfurt	25. Jan. + 1,20	26. Jan. + 1,20	—	—
Weißensee Univ.	+ 0,08	+ 0,08	—	—
Leipzig	+ 1,62	+ 1,52	0,08	—
Wittenberg	+ 1,60	+ 1,56	0,15	—
Leipzig	+ 0,91	+ 1,44	—	—
Leipzig	+ 1,44	+ 0,52	0,08	—
	(Weiter)			

Schuhwaren

preiswertesten

laufen Sie am

in der

Burger Schuhfabrik Aug. Schnitzen

Wittenberg, nur Taubenstraße 6.

— Die Gewerbetreibenden Westfalen fordern gegen die Bilder nicht ... Die Kartonagen- und Schuharbeiter in der Rheinprovinz schaffen und Ratsamtsgebäude in Bremen sind wegen Misserfolg von den Bürgern in den Nachbar getrieben. — Die Schuhmacher in Westfalen sind in die große Kartonagenbewegung eingetreten. Sie fordern u. a.: Die Wehrkraft vertraglt 9, Sonnenarbeiter erhalten 10, Tag. Arbeitnehmer 35, Ugl. für jede Weberschule. Die in Alsfeld beschäftigten männlichen Personen erhalten neben dem Allgemeinen für jede Weberschule 20 Ugl. Arbeitnehmer 15 Ugl. —

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 27. Januar 1905

— Die Stadtverordneten erledigten in ihrer gestrigen Sitzung die ganze Tagesordnung, nur das schon mehrfach zurückschaffte Besuch des Vereins weiblicher kaufmännischer Angestellter auf Einführung des obligatorischen Fortbildungsschulunterrichts wurde abermals zurückgestellt. Herr Stern will die Angelegenheit benutzen, um eine „große“ Rede zu halten und solche Wünsche, wenn sie von der Seite kommen, respektiert unsre Stadtverordnetenversammlung. Von Interesse war in der geitigen Sitzung besonders die Debatte über die Gefahren des agrarischen Volkstheaters und über die Renaturierung des Stadtteils Buelen. Unsre Leser ersehen das Nähere aus dem Sitzungsbericht. Die nicht öffentliche Sitzung erledigte nur Sachen von ganz untergeordneter Bedeutung. —

— Die Metallarbeiter Magdeburgs und die streikenden Bergarbeiter. Eine gut besuchte außerordentliche Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbands beschloß sich am Donnerstag abend 7 Uhr im „Kutzenbach“ mit der Unterstellung der im Kampfe gegen die Bergarbeiter und der in Mitteldeutschland tätigen Metallarbeiter des Ruhrreviers. Erstes ging kurz noch einmal die Ursachen durch, die zum Streik führten, zweitens darsaus die Berechtigung des Streiks nach und folgerte, daß es im wesentlichen die moderne Arbeiterschaft sein werde, die den kämpfenden Hilfe zu bringen habe, damit diese nicht durch den Hunger in ihr elendes Foch zurückgetrieben würden.

Deshalb habe die Ortsverwaltung im Bewußtsein, daß auch nicht eine Stimme sich dagegen erheben werde, sofort 1000 Mark an die Bergleute abgeliefert, denen weitere 2100 Mark aus freiwilligen Beiträgen bisher gefolgt seien. Es gelte aber auch die Metallarbeiter, die durch den Ausstand zu Tausenden schon arbeitslos geworden seien, in wirtschaftlicher Weise zu unterstützen, ohne dadurch die Mittel der Haupthaushalte, welche zu andern Kämpfen gebraucht werden, erheblich zu reduzieren. Deshalb mache die Ortsverwaltung den Vorschlag, im Januar nicht 4, sondern 5 Wochenmarken und im Februar nicht 4, sondern 6 Wochenmarken zu lieben. Die Ortsverwaltung rechnet auch auf Annahme dieses Antrags. Der Kampf der Bergarbeiter und seine Begleiterscheinungen werde 100 000 Metallarbeiter in Rheinland-Westfalen die Augen öffnen und sie der Organisation zu führen. Damit werde auch der Metallarbeiterverbund einflußreicher und könne wacher an der Verbesserung der Arbeitsbedingungen arbeiten.

Die Diskussion zeigte Eininstimmigkeit darin, daß Mittel aufgebracht werden müssen. Der Mehrzahl der Redner ging aber der Vorschlag der Ortsverwaltung nicht weit genug. Beschlossen wurde sodann: „Für die Dauer des Ausstandes, mindestens aber für drei Wochen lieben die Mitglieder doppelte Beitragssummen, welche über Kreis in die Forderung einzuscheiden sind. Die französischen arbeitslosen Mitglieder werden von der Beitragszahlung entbunden.“ Der Beschluß wurde gegen circa 20 Stimmen gefasst, welche den Auftrag der Ortsverwaltung für weitgehend genug hielten. Eine Auffrage, ob außerdem auch freiwillige Beiträge noch angenommen würden, konnte von Brandes natürlich bejaht werden, mit dem Bemerkern, daß diese Gelder präzis abgeliefert würden. Nach einer Abteilung über die erfreuliche Steigerung der Mitgliederzahl im neuen Jahre schloß Brandes die Versammlung mit einem Hoch auf den Sieg der Kämpfer im Ruhrrevier. —

— Aus dem Hauswaldtschen Betriebe. Bei der Firma S. G. Hauswald sind am 20. d. M. acht Arbeiter entlassen worden, angeblich wegen Arbeitsmangels. In Arbeiterkreisen herrscht die Ansicht vor, daß Arbeitsmangel nicht der Grund, sondern nur der Vorwand zur Entlassung war. Führ diese Aussicht spricht der Umstand, daß bis vor kurzem halbe Tage, jetzt aber dreidrittel Tage gearbeitet wird; ferner, daß einige der Entlassenen schon recht lange dort beschäftigt waren und bei der Vorbewegung im vorigen Sommer die Wünsche der Arbeiter vorgebrachten haben. Der Herr Direktor soll geäußert haben, mit dieser „Großschau“ ganz gehörig aufzuräumen zu wollen. Ein Arbeiter, der bei der am 28. d. M. stattgefundenen Vertreterwahl zur Ortsräteklasse sich erlaubte, andre Vorschläge zu machen, als der Meister Papenbrink, gehört ebenfalls zu den Entlassenen. — Wir wollen vorsichtig von der weiteren Entwicklung dieser Sache abstand nehmen, um der Firma Gelegenheit zu geben, sich hierzu zu äußern.

— Achtung, Formier! Die Ortsgruppe Pilsen des Zentralvereins der Sicherheitsarbeiter (F. A. C.) sagt sich, daß von Magdeburg zwei Formier nach dort gekommen sind, obgleich erst vor einigen Tagen ein Streik in der dortigen Stahlgißhütte beendigt ist und natürlich gern Maßreglungen vorgenommen würden, wenn andere Formier zu Bekämpfung ständen. Es wird deshalb gebeten, jedes Angebot von Pilsen abzuweisen. Wir zweifeln nicht, daß die hiesigen Formier diese Bitte berücksichtigen werden. —

— Zur Errichtung eines Arbeitersekretariats in Magdeburg steht uns das Gewerkschaftssekretariat mit, daß die Organisationen der Bildhauer, Böttcher, Buchbinderei, Buchdrucker, Buchdruckerei-Hilfsarbeiter, Dachdecker, Hafenerbeiter, Handbuchmacher, Heizer und Maschinisten, Mühlenarbeiter, Porzellanarbeiter, Sattler, Schiffszimmerer, Schmiede, Schneider, Schuhmacher, Steinseitzer, städtische Arbeiter, Tapizerer und die Zimmerer Olvenstedt einstimmig für die Errichtung stimmt. Bauarbeiter, Bäcker und Maler nahmen den Antrag gegen eine bzw. fünf Stimmen an. Demnach haben 23 Organisationen mit circa 4000 Mitgliedern die Errichtung des Arbeitersekretariats beschlossen. Von 27 Organisationen steht die Beschlussfassung noch aus. Erwähnenswerthe hat bislang keine Organisation das Arbeiter-Sekretariat abgelehnt. Das beweist, daß die sozialpolitische Einsicht der gewerkschaftlichen Organisationen Magdeburgs auf der Höhe der Zeit steht, und es spricht auch dafür, daß man mit der Entwicklung, die das Gewerkschaftssekretariat genommen hat, zufrieden ist. —

— Unternehmerschutz im Bilde. Der hiesige „General-Anzeiger“ bringt heute in seiner Unterhaltungs-Beilage, die ja gewöhnlich „illustriert“ ist, zwei Bilder, bezeichnet „Bergmannsheime“. Unten sieht man ein paar Häuser, die ebenso gut in der Sudenburg oder in St.-Ottersleben wie im Kohlenrevier stehen können, und oben sitzt ein Mann, nach Kleidung und Gesichtsausdruck ein Reutier, der so seine 10 000 pro Jahr zu verzehren hat, im gemütlichen Mohrskessel beim Ofen, die Wiefe schmauchend

und dabei die Zeitung lesend. Hat gar zu viel den „Arbeiteraristokratie“ Fleate und ein Haus darüber. Mit es idiomatisch herausgezogen, eine Unverschämtheit, den Verlust einer Zeitung einen abwegigen Mann und ein schlechtes Haus im Bilde vorzuladen und dann zu lächeren, das ist der „Anarchistischtheorie“ Berger — wie haben von dem Mann überhaupt noch nichts gehört —, so muß dies ganz beurteilt werden, wenn das Bild obendrein den Zweck verfolgt. Stimmlaune gegen die Bergarbeiter zu machen. Und einen andern Zweck hat das Bild nicht. Es soll zeigen, wie gemütlich die Bergarbeiter leben und wie wenig Grund sie eigentlich haben, zu kreisen. Das Blatt sucht diesen Eindruck des Bildes zwar etwas abzuschwächen, indem es im begleitenden Text etwas von „Ausnahmen“ schreibt, aber das ändert gar nichts an der Wirkung des Bildes. Mag die beobachtigt oder unbeschichtigt sein: sicher ist, daß solche Darstellungen den Bergarbeiter schaden können. Der Unstand, daß es der „General-Anzeiger“ ist, der seine Leser in dieser Weise über „Bergmannsheime“ orientiert, wird ja wohl dazu beitragen, daß nicht allzuviel Leute ihre Sympathie für die Streikenden einstränken, denn nur wenige nehmen die Illustration des Blattes ernst. Aber zu verurteilen ist eine solche verlogene Stimmlaune in acht allein. Hoffentlich bedenkt das die Arbeiter, die noch immer den „General-Anzeiger“ lesen, beim Monatswechsel. —

Arbeiter und Arbeiterinnen von Magdeburg und Umgegend!

Gedenkt der streikenden Bergarbeiter des Ruhrreviers! Steht ihnen tatkräftig in dem Riesenkampfe bei! Hoch die Solidarität!

— Eine Reklameschenkung. Rudolf Mosse, der Besitzer des „Berliner Tageblatt“ und der „Volkszeitung“, ist durch den Erwerb des letzteren Organs am Wohlwollen der Hirsh-Dünckerchen Gewerkschaft interessiert. Er hat deshalb 10 000 Mark gespendet, die aber nicht zur Unterstützung der streikenden Bergarbeiter, sondern „zur Förderung der Not der Bergarbeiterfamilien“, besonders solcher mit zahlreichen Kindern“, verwendet werden sollen. Der „Gewerkschaft“ dankt diesem Menschenfreund nun mit folgenden Worten:

Wir quittieren über diesen erheblichen Beitrag mit herzlichem Dank. Der hochherzige Spender ist selbst Großunternehmer und Mitglied der Berliner Handelskammer, was den moralischen Wert der Gabe noch erhöht. Möge sein edles Beispiel noch vielfache Nachahmung finden!

Die Herren Hirsh sind ja immer bescheiden, aber diese Schreibweide hätten selbst wir ihnen nicht zugetraut. Der „hochherzige Spender“, der nichts tut, was sich nicht gut bezahlt macht, wird selbst am meisten erstaunt darüber sein, daß man seiner Schenkung einen „moralischen Wert“ beimisst. Guter Geschäftsmann, der er ist, säumte er nicht lange, um seine Spende zu Reklamezwecken gebührend auszunutzen. Hat er doch von der Morgen-Zeitung der „Volkszeitung“, in der von seiner Spende gebührend Amt genommen wurde, 36 000 Exemplare mehr zu Propaganda-Zwecken herstellen lassen. Das Geschäftsgenie dieses biederer Arbeiterfreundes Mosse zeigt sich aber auch darin, daß in dieser Reklamenummer die üblichen Streikberichte-Inserate dadurch sorgfältig markiert worden sind, daß der Vermieter der gesperrten Unternehmen, daß „unorganisierte“ Arbeiter gefucht werden, fortblieb. Und vor diesem Menschenfreund schwingen die Hirsh die Wehrantrittsfaßter. —

— Er kennt seine Leute. Ein hübsches Bekennnis leistete sich in der gestrigen Stadtverordneten-Sitzung der langjährige Vertreter des Sudenburg-Bürgertums, Herr Raßbach, der Viebeschäftigte. Bei allen Fragen, die den Stadtteil Sudenburg betreffen, läßt es sich Herr Raßbach, der beide Kenner der dortigen Verhältnisse, nicht nehmen, in möglichst ungeschminkter Weise, seine Meinung zu äußern. So war es auch gestern gelegentlich der Versprechungen über die vom Stadtb. Kammer beantragte Neuabgrenzung des Stadtbezirke Buckau. Während die übrigen in der Sudenburg gewählten resp. dort wohnenden Stadtvorsteherne diese beabsichtigte Neuabgrenzung als einen Eingriff in die feineren mit der Altstadt abgeschlossenen Verträge erachteten, war Herr Raßbach der Viebeschäftigte anderer Meinung. Vertrag hin, Vertrag her, für alle Ewigkeit können die Verträge nicht gelten; so argumentierte der Vertreter der Sudenburg, und unter großer Beifall rief er mit erhöhter Stimme:

Wenn man alles, was der alte ehrwürdige Peter Linde (früherer Ratsmann in der Sudenburg. Am. d. R.) bestimmt hat, zur Ausführung bringen wollte, dann müßte um das Grabmal desselben ein hohes Gitter mit goldenen Kuppen errichtet werden. Dann würden aber die Sudenburger verkommen und in der nächsten Nacht die Kuppen maufen.

Wenngleich Herr Freisch, der wohlbestallte Büchermeyer und Stadtverordnete, die Sudenburger Einwohner in Schuh nahm und dagegen protestierte, als seien seine Landsleute alleamt Späßebuden, ja minderst dieser Protest die Auslassung Raßbachs nicht um ein Jota herab.

Wir wollen nur wünschen, daß die Wähler Raßbachs beim Ablauf von dessen Amtsperiode im Jahre 1906 nicht erklären: Ein Stadtverordneten, der die Einwohner eines ganzen Stadtteils für Späßebuden erklärt, ein solcher Stadtverordneten kann uns — gejohlt bleiben. —

— Abgeklatscht. Der Formier Wilhelm Nagel hier und der Arbeiter Albert Kleine hier mißhandelten am 8. Dezember vorigen Jahres geringsfügiger Strafen wegen in einer Restaurierung den Invaliden Brodrück, wobei Kleine zwei Eisenunterzüge und ein Glas auf des Weißhandelns Kopf zertrüllt. Beide dieser Straftaten hatten sich die beiden Patrone am Dienstag vor dem Schöffengericht hier zu verantworten. Das Urteil lautete gegen Nagel auf 2 Wochen, gegen Kleine auf 3 Monate Gefängnis.

— Die Angeklagten hatten nie eine nach ihrer Wohnung gewandte Art und Weise bei Prozessur zu verhindern. Sie brachten die Strafe 150,- auf 100,- herab. Der Formier bezog die Strafe auf 100,- auf 50,- ab. Der Arbeiter Kleine bezog die Strafe auf 50,- auf 25,- ab. Bei diesem Urteil erging die Forderung, daß jeden Angeklagten, welchen gezwungen habe, die Strafe zu zahlen, wenn die anderen mit solchen Verhöhungen darüber reden würden. Diesem sollte die Strafe nicht zutreffen gelassen, bis sie ihm gebilligt warden. Tatsächlich ist es, da den Angeklagten nichts verstrickt wurde durch Jungen und Mädchen. „Es ist möglich an jedem Abend noch eine Wart mit den Kindern unterwegs zu haben, als Regel kann ich es mir nicht vorstellen, daß es auch dann noch sich dies auswirkt, so auf es kann von Tag auf Tag und von Stunde mit den erwachsenen Verantwortlichen direkt verhandelt werden, daß der sehr gerechte Mann neben bis jetzt stark blutende Verletzungen davontrug.“ —

— Ein schwerer Unfall erfuhr am Freitag früh gegen 8 Uhr auf dem hiesigen Hauptbahnhof der Eisenbahnhäuser Ostecke, der beim Verlassen des Wagenabteils starke und dem hierbei vom Treppenbrett des noch in Bewegung befindlichen Wagens die Muskulatur des rechten Oberarms zerriß. Außerdem zog sich S. noch eine schwere Kopfverletzung zu. Der Gedauerknoxe wurde sofort nach dem ärztlichen Krankenhaus gebracht. —

— Unfall. Am den Grusonwerk (Stahlgißerei) versankte der Formier Müller am Mittwoch kurz vor 12 Uhr mittags. Eine schwere Eisenplatte fiel ihm auf den Fuß. Nach Aussagen der dortigen Arbeiter hat der Heiligeilte den Mann bis nach Beendigung der Mittagspause in der Gießerei warten lassen, ehe er per Drahtseil forttransportiert wurde. —

— Eine neue Endstelle erhält die Straßenbahnlinie nach der Friedrichstadt. Von 28. d. M. an fährt sie bis „Süd-Loburg“. Zugleich tritt eine kleine Veränderung in den Fahrzeiten ein: Von der Endstelle Friedrichstadt wird morgens der erste Wagen 7 Uhr 7 Min., abends der letzte Wagen 11 Uhr 37 Min. abschaffen, von Endstelle Großer Werder morgens der erste Wagen 7 Uhr 10 Min., abends der letzte Wagen 11 Uhr 34 Min. Die Fahrtzeiten gehen von der Endstelle Friedrichstadt 6 Uhr 10 Min. und von der Endstelle Großer Werder 6 Uhr 10 Min. ab. Die Wagen werden wie bisher in Zwischenräumen von 8 Minuten verkehren. —

— Volks-Konzert. Das nächste Volks-Konzert des sächsischen Orchesters findet unter Leitung des Kapellmeisters Josef Krug-Waldkirch am Mittwoch den 1. Februar d. J. abends 8 Uhr, im Köhlerschen Konzerthause, Buckau, Schönebeckerstraße 127, statt. —

Kleine Chronik.

Löffelsteile im Magen.

Im Untersuchungsoffizinalium Hamburg machte ein Gesangener die Mitteilung, er habe zwei Löffelsteile im Magen. Zuerst beachte man dies nicht, sondern glaubte, er wollte den wilden Mann spielen. Als er aber wiederholte behauptete, es sei tatsächlich, brachte man ihn ins Krankenhaus, wo er mit Röntgenstrahlen untersucht wurde. Das Resultat der Durchleuchtung war überraschend; es ergab das ungewöhnliche Vorhandensein zweier Löffelsteile im Magen des Gesangenen! Demnach muß die landläufige Sage armer reisender Handwerksvorschulen, „seit langem keinen warmen Löffel im Leibe gehabt zu haben“, doch nicht ganz ohne reellen Hintergrund sein! —

Letzte Nachrichten.

Der Kampf im Ruhrrevier.

(Eigner Bericht der „Volksstimme“)

— Dortmund, 27. Januar, 12 Uhr 15 Min. nachm. Von Langendreer sind gestern wiederum sechs Polkomotiven nach Halle a. S. abgefahren, um von dort Züge mit Kohlen nach dem Ruhrrevier zu schleppen.

Wie der Bergarbeiter-Verein in einem Flugblatt mitteilte, hat der „Kaiserdelegierte“ Bergarbeiter Schröder bereits Erfolg gehabt mit seiner Mission, um Unterstützung im Ausland zu werben. Von den Engländern erhielt er das Zusicherung, daß alljährlich bis zur Beendigung des Streiks aus Verbandsmitteln eine Unterstützung von 10 000 Mark gezahlt werden solle. Außerdem sollen freiwillige Sammlungen erheblichen Umfangs vorgenommen werden. Die gesamten englischen Trade-Unions erklären den Streikenden ihre Sympathien.

In einer Versammlung in Elbing wurde mitgeteilt, daß polnische Arbeiter beim Verlassen einer Werkstatt von zwei Steigern überfallen und schwer mißhandelt worden seien. Die Beamten waren mit Gummischläuchen ausgerüstet. Einer der Polen wäre wahrscheinlich getötet worden, wenn ihn nicht Gendarmen aus den Händen der Steiger gerettet hätten. In einer Versammlung, in der ein christlicher Führer das Referat hielt, wurde mitgeteilt, daß die Sicherheits-Kommission sobald Material gesammelt habe, das in einwandfreier Weise durch Zeugen belegt sei, daß die Regierung überzeugt werden müsse, daß Milkstände der gräßlichsten Art bestehen und daß die Befordernungen der Arbeiter berechtigt sind. —

Hd. Charleroi (Belgien), 27. Januar. Der Generalausschuss der Bergarbeiter des heutigen Betriebs ist gestern Abend proklamiert worden. —

Hd. Mons (Belgien), 27. Januar. In drei Gruben von Quaregnon sind 2500 Bergarbeiter auständig. —

Die Niederlage des Staatsstreichlers.

Hd. Budapest, 27. Januar. Der Wahlkampf im ganzen Lande ist äußerst heftig. Am zahlreichen Bezirken kommt Nachricht über Erfolge. Bis nachmittags 5 Uhr war das Resultat 119 Wahlbezirken bekannt, von denen 55 der Regierungspartei und 64 den verschiedenen oppositionellen Parteien gingen. —

Im Club der liberalen Partei wird schon zugegeben, daß die Wahl eine Niederlage der Regierung bedeutet. Bis 10 Uhr abends war aus 173 Wahlbezirken das Resultat bekannt, davon entfielen auf die Regierungspartei 73, auf die Oppositionellen 100 Mandate. —

Hd. Budapest, 27. Januar. Bis morgens 3 Uhr waren 280 Wahlrezultate bekannt. Hierzu entfielen 114 auf die Liberalen, 113 auf die Konservativen, während die übrigen auf die anderen Oppositionsparteien entfielen. Das Wahlrecht ist eine große Niederlage der liberalen Regierung. Es ist eine

Hd. Frankfurt a. M., 27. Januar. Aus Rommelsdorf wird der „Festl. Blg.“ mitgeteilt, daß die Prinzessin Alexandra von Hessen-Büdingen in Untersuchungshaft gekommen wurde. Sie wird der Pfandverschleppung angeklagt. —

Schuhwaren-Räumungs-Verkauf

Ausverkauf werden die Nichtbestände einzelner Sortimente.

Der größte Tell ist um ca. 40% herabgesetzt.

Preise werden direkt Aufsehen erregen!

Herren-Strapaziersstiefel, genagelt	jetzt 3.75	Damen-Lederstiefele, w. Futter	jetzt 2.75
Herren-Strapaziersstiefel, genagelt	jetzt 4.75	Damen-Lederstiefele, w. Futter	jetzt 7.50
Herren-Vor-Vergleich	jetzt 6.90	Damen-Sieppschuhe m. Abf.	jetzt 2.15
Herren-Kalbsleder-Schnürstiefel, auf Stand	jetzt 7.50	Damen-Altschuh m. Ledervöse	jetzt 1.00
Herren-Halbschuhe 39-40	jetzt 2.75	Damen-Sieppschuhe, altes Leder	jetzt 4.75
Damen-Alkoholstiefel, Stoffleder	jetzt 4.50	Welche Damen-Schnürstiefel	jetzt 6.50
Damen-Tuch-Schnürstiefel mit Lederbesatz	jetzt 3.00	Herren-Turnschuhe	45 47 125 Bf.
Damen-Wildroh-Knops- und Schnürstiefel	jetzt 5.50	Herren- u. Damen-Altschuhmäntel	jetzt 8.25
Damen-Satin-Kalb-Knops- u. Schnürstiefel	jetzt 6.50	Kinder-Schuhe und Knopfstiefel von 65 Bf. an	
Damen-Chagrin-Schnür- u. Spangen-schuh	jetzt 2.25	Kinder-Hilf- und Blitschuhrenschuhe von 85 Bf. an	
Damen-Tanz-, Salto- und Spangen-schuh	jetzt 1.95	Pantoffeln groß. Auswahl 0.35 0.75 0.90 1.10 1.50 1.85	
Welche Damen-Spangen-schuh	jetzt 2.95	Mädchen-Leder-Handschuhe, w. Futter	jetzt 1.65
	25-26 27-30 31-35		
Kohleder-Knops- und Schnürstiefel	2.75	3.25	3.75
Boxcalf-Knops- und Schnürstiefel	2.75	4.50	5.50

Bitte unsre Fenster zu besichtigen. Preise verstehen sich, solange Vorrat.

Gebr. Schachmann nur Breiteweg 69/70
Ecke Scharrnstraße.

Direkt von der Fabrik kauft man am besten.

Wir empfehlen No. 20



eine wunderbar schöne 7 Pf.-Zigarette, aus den besten, aus erlesenen Tabaken in eigener Fabrik gefertigt. Sie ist nicht strohig und sogenannt nikotinfrei, sondern von reinem, köstlichem Aroma, wie es Mutter Natur hergibt, und dabei doch leicht bekommlich. No. 20 wird in drei Qualitätsstärken gefertigt: leicht, mittel und kräftig, und kostet Stück 7 Pf., Dutzend zum Engros-Preis von 60 Pf., 100 Stück-Kistchen Mk. 4.85, Mille Mk. 48.50

2278

Tabak- und Zigaretten-Fabrik Paul Meissner & Co.

Haupt-Geschäft: Schrottdorferstrasse. II. Geschäft: Breiteweg 253, nahe am Hasselbach-Platz. III. Geschäft: Sudenburg, Halberstädterstr. 117

Man verlange illust. Preisliste gratis und franko.

Neu!! Butterkäse Neu!!

à Pfund 50 Pf.

ist das Ideal aller Käsefreunde, derselbe verbindet vorzüglichen Geschmack mit leichter Gedanklichkeit und großem Röhrenwert. Butterkäse wird auf Brot gestrichen und macht Butter fast entbehrlich.

Jedes Quantum in den Butter- und Kolonialwarenhandlungen zu haben.

Alleinvertrieb nur an Wiederverkäufer

Aug. Linnecke, Heydeckstr. 8 Fernsprecher 2042

Wer bei Kaphengst kauft, spart Geld!

Bettfedern und Daunen Staub 40 Bf. bis 7.00 Mk.
Gardinen weiß und creme Meter 15 Bf. bis 1.75 Mk.
Kleiderstoffe Meter 45 Bf. bis 4.50 Mk.
Kleiderstoffreste zu Konfirmationskleidern bedeckt unter Preis.
Eiserne Bettstellen Staub von 5.85 Mk.
Komplette Betten von 10.90 bis 150 Mk.
Größte Auswahl am Platze!

Otto Kaphengst
Sudenburg, Halberstädterstrasse 106a und 56.

2253

Flechten,
Hautausschläge
Gefüchtörde, Ge-
schwärze, offene Seine,
Bundstein, ausgeprägte Haut,
Großbenen, Brandwunden usw.
besonders in geeigneten Fällen die von
hervorragenden Arzten empfohlene
Wenzelsalbe.

Prämiert mit Verdienstkreuz,
Rote Kreuz u. gr. gold. Me-
daillen. Erfolgt durch zahlreiche
Arzte nachweisbar. Erfährtlich in den
apotheke. Preis i. Kart. Magde-
burg: Löwen-Apotheke u. Dr. Otto
Krause, Drogen en gros. 2725
Post. Nr. 2, Schreiber 1.75, Weißrauch
1.75, Elixier 1.05, Tensioffiz. 0.875,
Klemme 0.85, D. Kreid 10, Senn 0.6,
Mutter 0.5, R. Kreid 0.45 gr.

Bäckerei
von

Carl John

Buckau

1 Basadowstrasse 1

empfiehlt als 2260

Spezialität

Oldenburger

6 Staub 10 Bf.

Fahrrad- und Nähmaschinen-

Reparaturen werden pronto und

billig ausgeführt.

Fahrrad-Reparaturwerkstatt

Sudenburg, Halberstädterstr. 122a

Brennecke

2180

Grosser Inventur-Ausverkauf

Paletots, Anzüge und Hosen für Herren und Knaben, jetzt zu jedem unerhöhten Preis.

Ein Posten Anzüge und Paletots welche in den Schaustuben gelitten haben, teilweise zur Hälfte des Einsatzes.

1 Posten sehr hohe Stoff-Anzüge v. 1.90 an

1 Posten sehr hohe Stoff-Herrenhosen v. 1.00 an

Max Zehden, Jakobstrasse 50

Achtung! Zigaretten-Raucher

"Wau-Wau"-Zigaretten 10 Stück 20 Pf., pikant
Original „Sirawa“-Zigaretten 10 Stück 20 Pf., leicht

„Ni-o-ne“-Zigaretten 10 Stück 30 Pf., mittel

Garante für rein türkische Tabake und Handarbeit. Man verlange in

954 Rigaer-Geschäften obige Marken.

Tabak- u. Zigaretten-Fabrik „Tiekino“



Rasiermesser von unerreichter Güte und Schnittfähigkeit empfohlen

Fritz Hammesfahr, Fabrik u. Versandhaus, Focha b. Solingen

D. R. G. M.

Nur bei mir zu haben.

Kronen-Diamant-Stahl M. 3.25

Kronen-Silber-Stahl . M. 2.25

Fertig zum Gebrauch mit Etui. Für jed.

Stück wird garantiert. Strahlrohren M. 1.— bis

M. 1.50, Rasierpinsel, Rasierschalen à M. .50, Schärfmesser M. .30,

Rasierseife M. .25, Rasier-Garnitur komplett in 1. Etui M. 8.— Ost-

abzuhalten in Etui à M. 2.50 a. M. 5.— Versand gegen Nachnahme.

Katalog mit üb. 800 Abbildungen bitte zu verlangen franko u. unentkost.

Ausnahmepreise

2194 Bis 15. März finden Sie im
Schuhwarenhaus Buckau, Ecke Görnerstrasse
Kinder-Knops- und Schnürstiefel zu bisherigen Fabrikpreisen.

Nähmaschinen-Reparaturen.

Reparaturen an Nähmaschinen, auch Spezial-
maschinen aller Systeme und Fabrikate werden sofort

und jahrgemäß in unserer Reparaturwerkstatt ausgeführt.

Ersatzteile und Nadeln zu unseren Maschinen sowie

Garn, Seide und Maschinenöl halten stets zu den billigsten

Preisen auf Lager.

2193 Singer Co. Nähmaschinen Akt.-Ges.

Magdeburg, Breiteweg 189/190.

Sohlleder - Ausschnitt

sowie sämtliche Schuhmacher-Bedarfs-Artikel
zu den billigsten Preisen empfohlen

222 Joseph Kullmann

vormalz Röder & Drabandt

25 Jakobstrasse 25.

Wenig gebrauchte Nähmaschinen
zum Preise von 25—60 Mk.

Neue Nähmaschinen aller Systeme
unter Garantie in billiger Preislage.

A. Rose, Breiteweg 264

(Scharnhorstplatz).

Seitgest seit 1865 besteh. Geschäft diez. Branche.

Gewissenhaftste Ausführung von Nähmaschinen - Reparaturen

aller Art zu billigsten Preisen.

Zigarren!

Sie ausnahmsweise billigen Preisen empfiehlt:

Sumatras p. Mille 22, 25, 28 und 30 Mk.

Blatt einlage mit Borkenlanden-Umbroß und Sumatra

Decke, schneeweiss brennend . . . p. Mille 20 Mk.

sowie sämtliche bessere Qualitäten von 100 Stück an zu Mille-Preisen.

Zigaretten garantier rein türkische Ware . 100 Stück 20 Pf.

Zigarren-Versandhaus Otto Jäger

Magdeburg, Jakobstrasse 47.

2040

Sie bekommen

jetzt wieder Ihre Lederhose in Schnitt, Qualität, Muster und Preislage wie im alten Martenschen Geschäft.

Bestellungen nach Maß ohne Preisauflage

in wenigen Stunden.

Anzüge, fertig und nach Mass

in jeder Preislage unter Garantie guten Stiles.

Jagdwester, Unterzeuge, Sweaters, Regen-

röcke, Jacken und Pullover, blaue Schu-

anzüge, Saint-Manchester usw.

W. Martens Nachf., Inh.: A. Karlowsky

6 Johannishafenstrasse 6

Fernsprecher 4096.

12